IMT Nuremberg Archives

H – 3982

International Court of Justice

H3982 - 0002

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document

No. GB 461 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at

British Admiralty

John E Ray

JOHN E. RAY
Colonel, FA
General Secretary
International Military Tribunal

Date 11/25/46

H3982 – 0003

00675

OFFICE OF U.S. CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : NOV 18 1946

I certify that Document Number D 855 was introduced into evidence as Exhibit Number GB 461 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

Certificate No. D 855 (Place) Nuremberg.

(Date) 7th May, 1946

CERTIFICATE.

I, Kenneth H.M. Duke Major R.A., British Army, of the British War Crimes Executive (European Section), hereby certify that the attached document, consisting of thirty-two typewritten* ~~photostated~~ ~~mimeographed~~ ~~handwritten~~ pages and entitled "Die Entwicklung des Marinehaushalts vom 1934 bis 1939" a Lecture by Flottenintendant THIELE in Prague dated 12th July 1944†, is the original* ~~a true copy~~ of a document which the Admiralty‡ delivered to me in my above capacity, in the usual course of official business, as the original* ~~a true copy~~ of a document found in German archives, records and files captured by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces.

Kenneth H.M. Duke
Major.

* Strike out inapplicable words.

† If no title and date to document, use some brief description relating to subject-matter sufficient to serve as identification. For example, "relating to Persecution of Jews at Dachau," giving date of document, if any.

‡ Name of Agency from which received.

[30565—1]

H3982 – 0004

...CT, GERMANY
GB Exhibit 461
Filed 20 May 1946

Abschrift.

THIS DOCUMENT IS ADMIRALTY PROPERTY AND ITS REGISTERED NUMBER IS P G/ 33763 /NID
NO MARK OF ANY KIND SHOULD BE MADE ON IT, NOR SHOULD ANY NECESSARY ANNOTATIONS BE MADE ON THE WORK SHOULD BE ON A SEPARATE SHEET OF PAPER, RECORDING THE REGISTERED NUMBER QUOTING THIS.

"Die Entwicklung des Marinehaushalts von 1930 bis 1939"

V o r t r a g
gehalten vor den Verwaltungsoffizieren des Ausbildungskommandos für Verwaltungsoffiziere der Kriegsmarine in Prag am [illegible] 1944.
von Flottenintendant Thiele OKM (E).

Als mir vor Jahresfrist Ihr Kommandeur, Herr Fregattenkapitän (V) Brandau, den Wunsch von M Wehr übermittelte, im Rahmen der Vorträge des Ausbildungskommandos für Verwaltungsoffiziere auch einen Ausschnitt über das Haushaltswesen in der Kriegsmarine zu geben, bin ich diesem Wunsch gerne gefolgt, da über die Aufgaben der Marinehaushaltsabteilung im allgemeinen in der Front nur wenig bekannt ist bzw. z.T. unklare Vorstellungen bestehen.

Wir Männer von der Geldschmiede werden meistens als die schwarzen u. gefühllosen Leute dargestellt, die alles ablehnen und kein Verständnis für die Frontbelange haben. Dies kommt zum Teil daher, dass die Marinehaushaltsabteilung nach aussen hin wenig in Erscheinung tritt, während die anderen Gruppen des Oberkommandos in engem Gedankenaustausch mit der Front stehen. Leider wird dabei dann oft bei ablehnenden Entscheidungen seitens der sich entschuldigenden Gruppen die Marinehaushaltsabteilung genannt. Ich muss dies auf Grund meiner jahrelangen Erfahrungen, wenn es auch der eine oder andere nicht hören will, offen aussprechen.

Wenn auch die Marinehaushaltsabteilung der Finanzminister im Kleinen ist, besonders seit 1933, so stehen doch bei ihren Entscheidungen stets im Vordergrund die Marineinteressen. Die Forderungen der Front mit den finanziellen Belangen auf einen gesunden Nenner zu bringen, gehört mit zu den wichtigen Aufgaben der Abteilung. Die Gruppen des Hauses bezw. die Frontdienststellen sehen immer nur ihren kleinen Sektor, für den sie alles 100 %ig in höchster Vollendung zur Erfüllung ihrer Wünsche haben möchten. Dass aber in anderen Bereichen ähnliche Voraussetzungen bestehen, die sich berufungsmäßig sofort daraus ergeben, können die Dienststellen nicht ahnen, da sie einen abschliessenden Überblick über die gesamte Marine bei ihrer Vielseitigkeit nicht haben. So kann manche Entscheidung fallen, die Unzufriedenheit und Verständnislosigkeit bei den nachgeordneten Dienststellen hervorrufen. Daneben gibt aber die Marinehaushaltsabteilung manche Anregungen, die nicht erreichbare Wünsche erfüllen, besonders auf dem Personalgebiet. Doch darüber mehr später.

Ich möchte u.a. durch diesen Vortrag Verständnis für die Aufgaben der Marinehaushaltsabteilung erwecken besonders bei Ihnen, der Sie hier eine Führergehilfenausbildung erhalten und später für leitende Stellen in der Marineverwaltung vorgesehen sind.

Das Aufgabengebiet der Marinehaushaltsabteilung beschränkt sich lediglich auf ministerielle Aufgaben innerhalb des Oberkommandos. Bis zum Jahre 1933 finden sich so gut wie gar keine Bekanntmachungen oder sonstige Verordnungen dieser Abteilung in Marineverordnungsblättern und dergleichen. Erst mit dem Jahre 1933 ist insofern eine Änderung eingetreten, als die Marinehaushaltsabteilung mit den in diesem Jahre einsetzenden Sonderfinanzierungsmassnahmen aus ihrer für die Front bestehenden Zurückgezogenheit in die Öffentlichkeit treten mußte.

Zusammengefaßt will ich versuchen, Ihnen in Verbindung mit der Entwicklung der Marinehaushalte 1930 bis 1939 einen praktischen und verständnisvollen Einblick in die Aufgaben dieser Abteilung zu geben.

Geschichtliche Entwicklung der Marinehaushaltsabteilung.

Zu Zeiten des Großadmirals von Tirpitz waren bis zum Jahre 1913 Verwaltung und Haushalt zusammengefaßt im Verwaltungs-Departement. Im Jahre 1913 wurde die Etatsabteilung aus dem Verwaltungs-Departement herausgenommen und mit der Pensions- und Kiautschouabteilung zum Etats-Departement, also nach heutigen Begriffen einem Haushaltsamt, zusammengefaßt.

H3982 – 0005

H3982 – 0006

Nach dem Weltkriege 1918 fiel die Kiautschouabteilung fort.Die Pensionsabteilung wurde zunächst im wesentlichen zu einer Abwicklungsangelegenheit und ging an das Verwaltungsamt zurück. Anders aber die Haushaltsabteilung.Sie wurde nicht wieder dem Verwaltungsamt unterstellt, das nach dem Weltkriege 1918 von einem Beamten und nicht mehr von einem Offizier geleitet wurde, sondern blieb selbständig.

Damit wich die Kriegsmarine in ihrer Organisation von der des Heeres ab.Sie unterscheidet sich auch heute noch in diesem Punkte von den beiden anderen Wehrmachtabteilungen.Im Heer ist die Haushaltsabteilung ein Teil des allgemeinen Heeresamtes, bei der Luftwaffe untersteht sie dem Verwaltungsamt.In der Marine wurde die Haushaltsabteilung zu einer dem Oberbefehlshaber daher unmittelbar unterstehenden selbständigen Abteilung ausgerichtet.

Aufgabengebiet.

Die Aufgabe der Marinehaushaltsabteilung ist es, das Gewissen des Oberbefehlshabers in geldlicher Hinsicht zu sein und dabei in der Hauptsache im Frieden dem Oberbefehlshaber eine Steuerung der gesamten Marine von der Geldseite her zu ermöglichen, ohne dass er in einzelnen Grundfragen Kämpfe und Schwierigkeiten mit den großen Ämtern des Hauses zu führen hat.

Die Haushaltsabteilung ist nach dem Gesetz der Sachbearbeiter des Haushalts.Sie hat als solche

1.) den Haushaltsplan aufzustellen und durchzuführen,
2.) bei der Mittelbewirtschaftung der Ämter und Abteilungen mitzuwirken und
3.) die Gesamtwirtschaftsführung der Kriegsmarine nach dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit und der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen und zu prüfen.

Hieraus ergibt sich schon, dass die Stellung der Marinehaushaltsabteilung in ausgesprochenem Masse eine Schlüsselstellung ist. Auf der einen Seite hat sie beratende Funktionen beim Oberbefehlshaber in allen Fragen des Haushalts und des Haushaltsrechts,sorgt dafür, dass nur zulässige Massnahmen getroffen werden und ebnet die Wege,sofern Geldknappheit oder in wichtigen Fragen Gesetze und Vorschriften hindernd im Wege stehen.

Sie werden schon aus diesen wenigen Ausführungen erkennen,daß bei der Wichtigkeit der Geldmittelbeschaffung und der Verantwortlichkeit für ihre richtige Verwendung die unmittelbare Unterstellung der Haushaltsabteilung unter den Oberbefehlshaber ein dringendes Erfordernis ist. Dieses Bedürfnis der unmittelbaren Unterstellung unter den Oberbefehlshaber ergibt sich umgekehrt auch aus dem Aufgabenkreis der Haushaltsabteilung gegenüberden sonstigen Gruppen des Hauses.Je stärker die Abteilung bemüht ist, die gesetzlich von ihr geforderte Einhaltung der Gesetze,Verordnungen usw. sicherzustellen,desto mehr wird sie bei dem naturgemässen Bestreben der Gruppen des Hauses, die Haushaltsabteilung zu umgehen,oder sogar nicht zu beachten. in Widerspruch zu ihnen stehen. Die Haushaltsabteilung stellt aber, wie bereits oben ausgeführt,das finanzielle Gewissen des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine dar. Je unabhängiger die Haushaltsabteilung jeder rangmässig fast durchweg höher besetzten Gruppe des Hauses gegenübersteht,in sachlicher und in persönlicher Hinsicht, desto sicherer und bestimmter kann sie ihrer stets kritischen und daher vielfach als störend empfundenen Aufgabe gerecht werden.Die unmittelbare Unterstellung unter den Oberbefehlshaber ist also neben unbedingt sachlicher eigener Arbeit hierbei ihre stärkste Stütze. Sie bewirkt aus sich selbst heraus, dass die bestehenden Widerstände mit den Gruppen des Hauses ausgeräumt werden und demzufolge dass die persönliche Entscheidung des

H3982 – 0007

Oberbefehlshabers nur in verhältnismässig seltenen und nur in wichtigen Angelegenheiten in Anspruch genommen wird. Diese unabhängige Stellung ist während der Aufbauzeit, also in den Jahren der selbständigen Finanzgebarung der Kriegsmarine, auf Grund der besonderen Ermächtigung des Führers von ganz besonderer Bedeutung geworden. Durch diese Ermächtigung wurden im Jahre 1933 auf den Oberbefehlshaber weitgehendst die Befugnisse des Finanzministers übertragen. Jch komme auf diese Ermächtigung später noch einmal zurück. Der Oberbefehlshaber brauchte daher für die Dauer der Ermächtigung infolge seiner gesteigerten Verantwortung auf dem Finanzgebiete in besonderem Masse ein Organ, das mit möglichst weitgehenden Kenntnissen auf allen Sachgebieten der Marine und der allgemeinen Staatsverwaltung ihm unmittelbar zur Verfügung stand.
Und dieses Organ konnte nur die Marinehaushaltsabteilung sein.

Allgemeines.

Jn der Entwicklung des Marinehaushalts 1930-1939 sind 2 Abschnitte zu unterscheiden:

A) die Zeit bis Januar 1933, umfassend die Haushaltsjahre 1930-1932,
B) die Zeit des Aufbaues und Aufrüstung der Kriegsmarine nach der Machtergreifung bis zum Kriegseintritt 1939.

A. Entwicklung des Marinehaushalts 1930- 1932.
Zunächst einige allgemeine Ausführungen über die Zeit bis 1933.

Der Marinehaushalt zerfällt in 3 Teile:
a) die Einnahmen
b) die Fortdauernden Ausgaben
c) die Einmaligen Ausgaben.

Die Einteilung der Fortdauernden Ausgaben des Marinehaushalts wird Ihnen bekannt sein; sie gliedern sich in 21 Kapitel nach den wesentlichen Aufgabengebieten der Marine, z.B. Ausgaben des Oberkommandos der Kriegsmarine, Ausgaben für Soldatenbesoldung, für Ausbildungsschulen, Bekleidung, Verpflegung, Sanitätswesen, Reisekosten, Werften usw.
Jn Kapitel enthalten
Titel 1 - 10 die persönlichen Verwaltungsausgaben,
Titel 11-30 die sächlichen Verwaltungsausgaben.
Titel 31 an aufwärts die allgemeinen Haushaltsausgaben.
Es gibt dabei Anforderungstitel, übertragbare Titel, Selbstbewirtschaftungstitel sowie reichseigene Selbstbewirtschaftungsbetriebe nach § 15 der R.H.O., auch kaufmännische Buchführung, z.B. Wasserwerk Feldhausen, ab 1.7.44 auch Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven, dem später Kriegsmarinearsenal Kiel und Gotenhafen folgen.
Die Einmaligen Ausgaben sind unterteilt
A) nach dem Schiffbauplan, der wiederum zerfällt in die reinen Schiffbaukosten, artilleristische Armierungen, Torpedoarmierungen.

B) Die übrigen Einmaligen Ausgaben auf den verschiedenen Sachgebieten, wie bei den Fortdauernden Ausgaben, wie Werften, Artilleriewesen, Torpedowesen, Sperrwesen, Nachrichtenwesen, Unterbringung usw.
Die Ausgaben, verringert um die Einnahmen, stellen den Zuschuß dar, der im Reichshaushalt aus den Einnahmen des Reichs, aufgebracht aus Steuern und Zöllen usw., bereitgestellt werden muß.
Das Rückgrat des Marinehaushalts ist die Flotte; sie stellt
A) mit dem Schiffbauplan,
B) mit dem Jndiensthaltungsplan,
C) mit der Personalstärke der Soldaten, Beamten und nichtbeamteten Hilfskräfte
die geldlichen Grundlagen des Marinehaushalts dar.

H3982 – 0008

Auf den vorgenannten Grundlagen bauen sich alle anderen Geldbedarfsunterlagen der Kriegsmarine auf.

A) Schiffbauplan.

Zunächst einige Worte über den Schiffbauplan mit dem Flottenaufbau bis zur Machtergreifung.

Der Flottenaufbau in den vergangenen Jahren nach dem Weltkrieg war in vielfacher Hinsicht sehr stark gehemmt

1. durch die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages,
2. durch die aussenpolitische Lage seit dem Ende des Weltkrieges,
3. durch die Abgeneigtheit weiter Kreise in Deutschland und in den gesetzgebenden Körperschaften durch lange Jahre hindurch gegen jede stärkere Wiederaufrüstung,
4. durch die langjährige schlechte wirtschaftliche finanzielle Lage des Reiches,
5. durch die unglücklichen Auswirkungen des Lohmann-Falles in Verbindung mit dem Nichtverbrauch von Geldmitteln aus vorhergehenden Jahren,
6. durch grosse konstruktive Schwierigkeiten, die bei den Stand der Technik der 20 iger Jahre dem Bau von einigermassen kampfkräftigen Schiffen des vertragsmässigen Deplacement entgegenstanden.

Durch den Versailler Friedensvertrag waren Deutschland zugestanden:

8 Schiffe zu 10 000 ton
8 Kreuzer zu 6 000 "
16 große Torpedoboote zu 800 ton.

Der Versailler Vertrag liess an sich somit manche Möglichkeiten zum Bau von Ersatzschiffen zu. In den ersten 5 Jahren nach dem Weltkrieg, die noch völlig unter dem Zeichen der Abrüstung des Ruhrkampfes und der Inflation des zunächst einmal erforderlichen, nur sehr langsam vor sich gehenden wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau des Reiches standen und in denen auf allen Gebieten erst einmal notdürftig einige Änderungen geschaffen werden mussten, kamen Gesichtspunkte wie Neuaufrüstung zur See überhaupt nicht in Betracht. Ein weiteres Hindernis für das scharfe Vorantreiben der Wiederaufrüstung Deutschlands zur See waren in den Jahren vor der Machtergreifung die starke Abneigung weiter Kreise im deutschen Volk und in seiner gesetzgebenden Vertretung gegen jede Massnahme, die einer wesentlichen Erstarkung seiner Wehrkraft diente. Diese Kreise haben lange Zeit einen bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung des Etats und des Schiffbauplans gehabt. Dem Reichswehrminister und der Kriegsmarine war es aber in mehreren Jahren sorgfältigster Arbeit nach außenhin gelungen, das Vertrauen zur Marine wieder herzustellen und in entscheidenden Momenten wichtige Forderungen durchzubringen, die letzten Endes bestimmend dafür waren, ob eine Aufrüstung zur See, wenn auch zunächst noch in den bescheidenen Rahmen des Versailler Friedesnvertrages, überhaupt durchgeführt werden sollte.

In der Mitte der 20er Jahre war auch die innere Konsolidierung der Marine soweit durchgeführt, dass Kräfte für größere Entwicklungsfragen frei wurden. Gleichzeitig fingen auch die geldlichen Mittel an, der Marine in reichlicherem Maße zur Verfügung zu stehen. Es war die Zeit, in der, wie oben geschildert, die Schiffbautätigkeit in Gang kam.

Mit der Aufnahme des Schiffbaus begann auch die Zeit der Versuche und Entwicklungen auf allen Gebieten der Technik, des Schiffbaus selbst, des Schiffantriebs, der verschiedenen Waffen,

H3982 – 0009

Nachrichtengeräte und aller Hilfsmittel,die die Kriegführung zur See und an der Küste erfordert.Ein grosser Teil der geschaffenen Anlagen und Einrichtungen wurde zur Erprobung und Weiterförderung bereits auf den in Dienst gestellten alten Schiffen eingebaut und diente hier gleichzeitig zur Schulung des Personals für die ihm später obliegenden Aufgaben auf den modernen Neubauten.

Für Versuche und Bau aller neuen Anlagen und Geräte waren weiterhin neue Werkstätten zu errichten oder alte- zumal da, wo uns nur bestimmte Fertigungsstätten zugestanden waren - auszubauen.

Abgesehen von dem sofort nach Beendigung des Weltkrieges im Jahre 1920 in Bau gegebenen Kreuzer "Emden" waren die Bewilligung des ersten Torpedobootes unmittelbar nach Beendigung der Inflation (1924) und von einem Kreuzer und 5 Torpedobooten im nachfolgenden Jahre 1925 das erste sichtbare Zeichen für den wiedererstandenen Willen zur Erstarkung des Reiches auch zur See. Diesen Bauaufträgen folgten 1926 ein weiterer Kreuzer. Das Panzerschiff "A" , das ebenfalls für 1926 eingesetzt wurde, wurde jedoch aus den Etatsforderungen wieder gestrichen.Als Ersatz dafür wurden ein weiterer Kreuzer und 6 Torpedoboote eingestellt.1927 kam wieder ein Kreuzer hinzu. Die Bewilligung des ersten Panzerschiffs "A" im Jahre 1928 gab dann den Willen zum Aufbau einer möglichst kampfkräftigen Flotte besonders kund. Der Marinehaushalt stieg auf Grund besonderen Vertrauens in den wenigen Jahren von 1924-1927 von 104 auf 223 Millionen Reichsmark an.Die Schiffbaumittel des Marinehaushalts 1927 betrugen dabei bereits über 30% des gesamten Marinehaushalts. Im Jahre 1928 trat ein Herabsinken der für die Marine und auch speziell für den Schiffbau zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt um 10 Millionen ein. Bis zur Machtergreifung sank der Etat bis auf rund 190 Mio RM weiter.

Die außen- und innenpolitischen Verhältnisse waren wesentlich für das Absinken der Bewilligungsfreude der gesetzgebenden Körperschaften maßgebend.Daneben trat als wichtigster Grund die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches hinzu.Hinzu kam,dass in diesen aus allgemeinen finanziellen Gründen so ungünstigen Jahren sich noch weitere Umstände für die Marine sehr nachteilig auswirkten. Hierzu rechnete auch der sogenannte Lohmann-Fall, Kapt.z.S. Lohmann,dem aus der Zeit des Ruhrkampfes erhebliche,damals von der Reichsregierung bereitgestellte Mittel zur Verfügung standen, hatte diese in bester Absicht und zum Teil mit erheblichem militärischem Nutzen, auf den später noch zurückgekommen wird,allmählich in immer zunehmendem Masse in haushaltsmässig unzulässigen spekulativen Unternehmungen angelegt.Seine Spekulationen schlugen daher zum Teil fehl.Das Endergebnis war ein durch die wehrmachtfeindlichen Kreise mit allen Mitteln übelster Propaganda herbeigeführter öffentlicher Skandal, bei dem die Schuld in erheblichem Masse der Marine selbst zur Last gelegt wurde.Das Vertrauen in das Finanzgebaren der Marine war, wenn auch völlig zu Unrecht, erheblich erschüttert.

Erst im Jahre 1929 war es möglich,also 8 Jahre nach Bildung der Reichsmarine,durch einen Mehrheitsbeschluss der gesetzgebenden Körperschaften die Aufstellung eines Schiffbauersatzplanes zu erreichen,allerdings mit der nötigen Einschränkung,dass es sich hier nicht um eine Genehmigung im ganzen handeln konnte, sondern dass jedes einzelne Schiff,bevor es auf Kiel gelegt werden konnte, neu durch den Reichsrat bzw. Reichstag genehmigt werden mußte.

H3982 – 0010

Der Schiffsbauplan, der als Grundlage für die Etatsmittel der nachfolgenden Jahre dienen sollte, zerfiel in 2 Teile.

Der 1.Teil sah u.a. nur den unaufschiebbaren Ersatz zunächst der 4 ältesten Panzerschiffe vor.Der II.Teil umfasste den Ersatzbau der letzten 4 Panzerschiffe sowie der letzten 3 Kreuzer.Die haushaltsmässige und damit endgültige gesetzmässige Unterlage hat der Schiffbauplan erst durch eine entsprechende Formulierung im Haushalt 1931 erhalten.Die Festlegung des Schiffbauplans im Haushalt war bei dem häufigen Wechsel der Regierungen der damaligen Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung.Durch diese gesetzmässige Festlegung hoffte man durch die nachfolgenden Regierungen und ihre Parteien gebunden zu sein.

Aus diesen Ausführungen können Sie erkennen, wie langsam die Gesetzesmaschine der damaligen Zeit lief.

Diese eingehende Entwicklung vor 1930 darzustellen, hielt ich für notwendig, um Ihnen einen allgemeinen Überblick zu geben über den Schiffsneubauplan als solchen und wie er als Grundlage für den Aufbau einer starken Kriegsflotte nach der Machtergreifung diente.

B.Indienst-
haltungsplan.

Auf dem Indienshaltungsplan beruht z.B. der Geldbedarf für Bau- und Maschinenzulagen,Messegeldern und Bordverpflegung, Betriebsstoffverbrauch und Instandhaltung der Seestreitkräfte; in Verbindung mit dem Schiffsneubauplan auch der Ausbau der Privatwerften und der Waffenfirmen.

C.Personal-
stärke.

Auf der Personalstärke und einer etwaigen Vermehrung beruht der Geldbedarf an Unterkünften,Waffenschulen,Ausbildung,Standortverwaltung,Bekleidungsämtern,Lazaretten,Kasernen usw.

Die Personalstärke der Soldaten war unverändert bis 1933 15 000 Mann.

Gesetzmässige Behandlung
des Marinehaushalts.

Vor der Machtergreifung war der Finanzminister in erheblichem Umfange in den Werdegang des Haushalts der Marine eingeschaltet. Der Haushalt lief im wesentlichen so ab,dass die Gruppen,nachdem ihnen die 3 Grundlagen zugeleitet waren,zu einem bestimmten Zeitpunkt die Fortdauernden Ausgaben für das neue Haushaltsjahr zusammenstellten, und zwar zunächst nur die Mehr-und Minderkosten zu dem vorangegangenen Haushaltsjahr eingehend begründet zuleiteten.Sodann wurden die Einmaligen Forderungen aufgestellt, zu denen genaue Kostenunterlage mit vorgelegt werden mußten.Ohne diese war von vornherein ein Durchbringen der Forderung beim Finanzminister nicht möglich.Nach eingehenden Besprechungen über die Mehr- und Minderforderungen mit den Gruppen des Hauses wurde durch besondere von S herbeigeführte Entscheidung des Oberbefehlshabers bestimmt, welche Forderungen dem Reichsfinanzminister zur Genehmigung vorgelegt werden sollten.Dieser konnte nach Maßgabe der Finanzlage seiner Meinung nach unwichtige Angelegenheiten sofort streichen.Daß darunter auch wichtige für die Marine unerlässliche Forderungen sein konnten, und das ist sehr oft eingetreten, soll nur nebenbei erwähnt werden.In solchen Fällen erfolgten Vorlagen beim Kabinett, wo sie durchgekämpft werden mußten. Die Einzelpläne wurden im Kabinett durchberaten und angenommen. Alsdann gingen die Haushaltspläne den gesetzgebenden Körperschaften, dem Reichsrat und dem Reichstag zu,wo sich dann besonders um die Wehrmachtshaushalte politische Kämpfe entspannen.

H3982 – 0011

Wenn man heute an diese Zeit zurückdenkt, so muss man staunen, mit welchem Misstrauen und welchen Kleinigkeiten wir in der damaligen Zeit uns herumgeschlagen haben, und man wird bei dieser Gelegenheit erkennen, dass selbst Dinge, an denen sich die Machtkämpfe aller Ministerien und aller Dienststellen abspielen, ein anderes Gesicht erhalten durch die straffe Führung eines totalen Staates.Vorweg genommen: Der Hauptunterschied zwischen dem heutigen und dem damaligen Verfahren liegt in folgendem: Jn geldlicher Hinsicht gab es früher keine zentrale Führung,es blieb jedem überlassen, mit mehr oder weniger großem Geschick die Belange für sich durchzudrücken, die er für wichtig hielt.Dabei bestand in einem an sich nicht wehrfreudigen Staat nur eine Schwierigkeit, nämlich, wenigstens die dringendsten Belange der Wehrmacht durchzubringen.Da dieser Staat aber mangels straffer Führung nicht in der Lage war, überhaupt eine Finanzpolitik zu treiben, so fehlt es an der Generalvoraussetzung für die Führung des Staates überhaupt. Als Unterlage für die Beratungen im Reichsrat und Reichstag musste in wochen- und monatelanger Arbeit das sogenannte Reichsmaterial (Merkblätter) zusammengestellt werden, mit dem der Oberbefehlshaber bewaffnet in die Haushalts-Ausschußsitzungen ging, um die Belange seines Etats zu verteidigen.U.a. beschäftigten sich dabei die Reichstagsabgeordneten mit folgenden Einzelgebieten:

Offizierverabschiedungen vom Jahre 1921 ab
Zahl der Freischwimmer in der Reichsmarine
Selbstmorde und Selbstmordversuche
Bestrafung wegen Mißhandlung Untergebener
Gesundheitsverhältnisse in der Reichsmarine
Anteil der Länder und des Handwerkes an den Beschaffungen der Reichsmarine
Religionszugehörigkeit in der Reichsmarine.

Sie mögen hieraus erkennen, welche unendlich bürokratischen Arbeiten zu erledigen waren, um den Marinehaushalt ohne Schwierigkeiten eingehend begründet als Gesetz durchzubringen.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen komme ich zu den Haushalten im Einzelnen:

Marinehaushalt 1930:

Der Marinehaushalt 1930 kann für die Jahre 1931-1933 als Standardhaushalt der Kriegsmarine gelten.

Er umfasst den Betrag von rund 195,9 Millionen,von dem 136

H3982 – 0012

136 Millionen auf die Fortdauernden und 59,9 Millionen auf die Einmaligen Ausgaben entfallen. Der Marineetat stellt daher 1,59% des Gesamthaushalts dar. Jm Jahre 1914 betrug der Anteil 13%.

Der Soldat der 15 000 Mann kostet damit jährlich rund 9 000.- RM an zwangsläufigen Ausgaben einschl. Jndiensthaltung der Schiffe. Diese Schlüsselzahl ist wichtig, sie ist die Grundlage für die Voranschlagung der Geldmittel der Haushalte 1933-1939 gewesen. Der Betrag ist später auf 8 400,--RM gesunken.

Bei Einbeziehung der Einmaligen Ausgaben betragen die jährlichen Ausgaben für den Soldaten 13 000,--RM oder monatlich 1 080,--RM bzw. 36,--RM täglich, Jm Jahre 1943 kostet der Mann jährlich 16 130,--RM oder 1 340,-- RM monatlich bzw. täglich 45,--RM. Die Durchschnittskosten betrugen jährlich 1930

1 Beamter 4 000,--RM
1 Angestellte.....3 200,--RM
1 Arbeiter.....2 200,--RM

Von rund 196 Mio RM entfielen auf

	1930	1933	1936	1939
Fortdauernde Ausgaben	67,2%	40,3%	23,1%	24,6%
Schiffbau	22,2%	24,5%	48,4%	22,8%
Rüstung :	10,6%	35,2%	28,5%	52,6%

Von den Fortdauernden Ausgaben entfallen wiederum u.a.

	1930	1939
auf Jndiensthaltung	16%	18%
auf Personal	34%	29%
auf Waffenwesen	16%	16%
auf Werft	6%	6,7%

Diese Beträge haben sich demnach bis 1939 unwesentlich geändert.
Weitere wesentliche Angaben sind:

Bei den Fortdauernden Ausgaben:

Der Haushalt 1930 umfaßte	968	Offiziere .
	13 948	Soldaten
	84	Marinezahlmeister
	15000	Köpfe
dazu treten	1834	Beamte
	1717	Angestellte
	9105	Arbeiter (Werften 6005)
Zusammen	27656	Köpfe

Zum Vergleich werden für den gewaltigen Aufbau der Kriegsmarine in den nachfolgenden Jahren folgende Zahlen genannt:

H3982 – 0013

Die Personalstärke betrug

1933....27 643 Köpfe
1939...159 557 "
1944.1 023 786 "

Stichtag jeweils der 1.April.

Jm Jahre 1930 kamen auf 100 Soldaten 11,9 Beamte, eine erschreckend hohe Zahl; 1914 waren es nur 4,3 Beamte. Aber eine kleine Marine (15 000 Mann) fordert einen verhältnismässig hohen Beamtenapparat, da die Aufgabengebiete zahlmässig die gleichen sind wie bei einer grossen Marine. Jch komme hierauf an anderer Stelle noch einmal zurück.

Von Bedeutung ist noch der Fortfall der Deckoffizierstellen und ihre Umwandlung in Offizier- und Mannschaftsstellen. Diese Maßnahme brachte in den Jahren bis 1933 die einzige Verstärkung des Personalkegels.

Das Verhältnis der Soldaten an Land zu Bord stand im Verhältnis von 42% zu 58 %. Jm Jahre 1930 lag also noch das Schwergewicht in der reinen Seefahrt. Die Zahlen waren vergleichsmäßig bzw. es wurde angestrebt.

Einmalige Ausgaben:

Geldmittel waren ausgebracht:

	für 1936	für 1939	im Endziel für 1949
Bord	39%	40%	75%
Land	61%	60%	25%

1930 war das einzige Jahr, wo kein Neubau in Auftrag gegeben wurde.

Jn Bau befanden sich dagegen:

Panzerschiff Ersatz "Lothringen A"
Kreuzer "Leipzig"
Artl.Schulboot Ersatz "Drache"
2 Fischereischulfahrzeuge "Elbe" und "Weser".

Dazu treten wesentliche Geldmittel für die Jadekorrektion (seit 1926) 1,8 Mio RM sowie Kosten im bescheidenen Umfange für die vielseitige Entwicklung der Waffen.

B-Haushalt

Jch komme zum schwarzen Haushalt:

Wie ich bereits schon an anderer Stelle eingehend ausgeführt habe, ist die Marine frühzeitig bestrebt gewesen, mit unverwüstlichem Lebenswillen neben dem Aufbau der 15 000 Mann-Marine Mittel und Wege zu finden, die Keime für eine zukünftige grössere Entwicklung zu legen und so durch die Arbeit des Soldaten und Fachmannes die erste Vorbedingung für eine spätere

H3982 – 0014

Aufrüstung zu schaffen.Durch den Friedensvertrag von Versailles waren der Kriegsmarine dagegen allerdings die Hände gebunden.Es mussten daher andere Mittel und Wege gefunden werden.Was auf diesem Gebiete der geheimen Aufrüstung geschehen ist, ist in einer Denkschrift des Kapitäns zur See Schüßler über den "Kampf der Marine gegen Versailles 1919-1935" niedergelegt und damit der Mitwelt überliefert worden.

Hieraus nur ein kleiner Ausschnitt:

1925 begannen die Vorbereitungen für die Schaffung einer Schattenindustrie (Begriff aus England) für den Ernstfall,die um so notwendiger war, als die Feindmächte uns nur 2 Werften für den Kriegsschiffbau und, wie schon gesagt, nur ganz wenige, für jede Einzelfertigung genau festgelegte Waffenwerkstätten belassen hatten.Da die Jndustrie nach dem Weltkriege schon daniederlag, Fertigungswerkstätten auf Grund des Versailler Vertrages zerstört werden mußten, mußten neue Anfänge für eine neue Mob-Fertigung gefunden werden.Es wurde ein bescheidener Grundstock gelegt. Zunächst nur Finanzierung auf dem Darlehenswege.Hierüber hat Jhnen Flottenintendant Eggert in seinem Vortrag über "Finanzierung der Rüstungsindustrie" weitere Ausführungen gemacht.

Schon frühzeitig erfolgten auch die ersten Massnahmen zur Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrages.Sie waren besonders erschwert durch die noch lange andauernde Kontrolltätigkeit der Feindstaaten.Der Aufbau der Schattenindustrie gehörte bereits dazu.Ein Schnellboot,das als "Versuchsboot" offen in den Etat 1925 aufgenommen war, wurde in Auftrag gegeben; weitere Ausgaben für Schnellbootszwecke auch im nachfolgenden und in späteren Jahren gemacht.1925 wurden ferner erstmalig Mittel für Zwecke der (verbotenen)Seefliegerei verwendet. Die Mittel für die hier genannten Aufgaben waren zunächst noch bescheiden.

Hervorragendes geleistet hat auf dem Gebiete der Entwicklung verbotener Waffen der bereits weiter oben erwähnte Kapitän zur See Lohmann.Er förderte vor allem den Schnellbootsmotor und den Schnellbootstyp selbst, unterstützte den Bau von kriegsgeeigneten Fischdampfern und Tankschiffen, von Torpedos und U-Booten mit deutscher Hilfe und daher mit Nutzen für unsere eigene Waffenentwicklung in neutralen Ländern und leistete Mithilfe bei der Entwicklung des Seeflugwesens.Ferner leitete er grosszügig die Ausbildung von Angehörigen des Binnenlandes im Motorbootdienst auf See ein oder unterstützte

H3982 – 0015

sie,im Gedanken, dass seeerfahrenes Personal in der damaligen Zeit, in der die Handelsschiffahrt sehr zurückgegangen war und kurzdienendes Personal durch die Schule der Marine ging, nur ganz unzureichend vorhanden war.

Die im geheimen, d.h. ohne Mitwirkung einer gesetzlichen Einrichtung durchgeführten Maßnahmen auf dem Gebiete der geheimen Aufrüstung schienen im Jahre 1927 durch die Denunzierung der Lohmann-Unternehmen stark gefährdet zu sein.Aber dank der Einsicht zahlreicher maßgebender Persönlichkeiten konnten jedoch diese geheimen Rüstungsmaßnahmen, die bis dahin aus Geldmitteln ausserhalb des Etats gespeist wurden, nunmehr mit Duldung der Reichsregierung, aber hinter dem Rücken der gesetzgebenden Körperschaften in gewissem Umfange in eine gesetzliche Basis insofern überführt werden,als über diese Geldmittel und ihre Verwendung zwar keine gesetzgebenden Körperschaften,wohl aber ein kleines Gremium maßgebender Persönlichkeiten der Reichsregierung entschieden.Dieses Gremium setzte sich zusammen aus dem Präsidenten des Rechnungshofes, dem Reichsminister der Finanzen und dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.Bei dem steigenden Umfang der Geheimausgaben ging es mit der Zeit nicht mehr an, das eigentliche Gremium mit der Beratung der immer zahlreicher werdenden Etatsvorhaben zu bemühen.Es bildete sich daher ein Arbeitsausschuss, der allgemein als Mitprüfungsausschuß bekannt war und aus Referenten der beteiligten Ministerien sich zusammensetzte, die in vertrauensvoller und verantwortungsfreudiger Zusammenarbeit mit der Marinehaushaltsabteilung alle Fragen bis auf die wenigen grundsätzlichen Punkte von sich aus erledigten.In diesem kleinen Kreis fanden auch wichtige militärpolitische Fragen ihre Behandlung, die damals selbst die Reichsregierung nicht ohne weiteres zu bejahen wagte, wie z.B. die Aufstockung von Flugzeugen. Denn wenn bisher auch Einzelmassnahmen lose und unabhängig -manchmal auch ohne Kenntnis voneinander - ihr Ziel erstrebt hatten,wurde jetzt in kraftvoller Zusammenfassung und kluger Ausgleichung der Kräfte an der deutschen Wehrhaftmachung auf einer Grundlage weitergearbeitet, die ihre Verbreitung in einer Mitverantwortung der Reichsregierung fand, welche sich der Notwendigkeit dieser Arbeiten nicht mehr verschliessen konnte.Eine Beteiligung von Reichsrat und Reichstag an dieser Verantwortung liess allerdings die innenpolitische Lage nicht zu.

H3982 – 0016

Die für diese Maßnahmen erforderlichen Geldmittel mussten daher in getarnter Form in den Haushalt eingebaut werden und durch eine harmlose Ausgabebewilligung wieder herausgenommen werden. Am Jahresschluss wurde der Rest dieser Geldmittel dann wieder an einer bestimmten Stelle des Etats eingezahlt, um als übertragene Reste in das neue Haushaltsjahr überführt zu werden.Durch diesen Weg wurde in gewissem Umfange eine haushaltsrechtliche Verwendung dieser Geldmittel sichergestellt und sanktioniert.Die Tarnung dieser Geldmittel erfolgte in der Form,dass bei bestimmten Haushaltskapiteln (z.B. Munitionsmittel,Öltitel usw.),deren Prüfung verhältnismässig sehr schwer war, Zuschläge vorgenommen wurden.Diese Zuschläge wurden durch eine allgemeine Ausgabeanordnung aus dem offiziellen Etat abgebucht und zu einem neuen Haushaltsplan zusammengefaßt, der, wie ich annehme, bei Ihnen als sogenannter schwarzer oder B-Haushalt nicht unbekannt sein wird.In diesem Haushalt wurden die aus dem Offenen Haushalt abgezweigten Geldmittel als Einnahme eingestellt, ihnen gegenüber stand eine Ausgabe, aufgeteilt auf die verschiedenen Aufgabengebiete.So enthielt z.B. das Kapitel 1 des B-Haushalts die Ausgaben für die Einrichtung einer Flugwaffe zur See,

das Kapitel 2 Ausgaben auf dem Gebiete der U-Bootswaffe,

das Kapitel 4 Ausgaben für den geheimen Festungsbau,

das Kapitel 5 Ausgaben für vormilitärische Maßnahmen,

die Kapitel 6 und 7 Ausgaben für den sogenannten Aufbau einer Schattenindustrie (Erweiterung von Fabrikanlagen für den Mobfall).

Durch diese Geldmittel wurden die Vorbereitungen geschaffen für alle diejenigen Massnahmen, die in der Machtergreifung und nach Wiederherstellung der Wehrfreiheit zur vollen Entfaltung kommen konnten.

Aus diesen Mitteln wurde der Bau elektrischer Torpedos in Schweden,

1928 der Bau eines grossen U-Bootes (700 t) in Spanien von der Marine finanziert - Typ-Boot für (U 25-26)-.Beides geschah durch Mittelspersonen,die Erfahrungen jedoch kamen auch hier der deutschen Kriegsmarine zugute.Letzteres war auch bei einer in Holland von deutschen Konstrukteuren gegründeten Gesellschaft der Fall, die im Ubootsbau tätig war und von der Marine selbst im Laufe der Zeit weitgehend Mittel zugewiesen erhielt.

Ebenso waren ehemalige deutsche U-Bootsoffiziere in Finnland und Japan im U-Bootsbau und in der U-Bootserprobung mit

H3982 – 0017

Unterstützung der Marine tätig und vermittelten die gewonnenen Kenntnisse der Heimat.Ein U-Boot von 250 t wurde als Typboot 1930 (f.U 1-24) in Finnland auf deutsche Rechnung in Bau gegeben.Bei all diesen U-Bootsbauten wurden die Unterlagen geschaffen, die es nach der Erklärung der Wehrfreiheit ermöglichten, den Bau hochwertigster U-Boote sofort in erfolgreicher Form in Gang zu bringen.

Verbotene Armierungen (Artillerie und Torpedo) wurden für als Schnellboote (S-Boote..... Torpedo) und zu sonstigen Kriegszwecken dienende Fahrzeuge bereitgestellt, Betonunterstände (z.B.Pillau) für vorhandene verbotene Geschütze der Küstenbefestigung hergerichtet.

Die Serienfabrikation von Motoren und die Bereitstellung von Einzelteilen aller Art und Halbfabrikaten wurde vorgenommen.Fertigungsunterlagen für kriegsmässige Waffenfertigung wurden in weitem Umfange geschaffen, um das sofortige Jngangkommen der Rüstungsindustrie im Ernstfall in großzügiger Form sicherzustellen.

Weiterhin wurde die Schaffung eines Nachrichtendienstes im Ausland, der im Kriege von großer Bedeutung ist und nach außen in keiner Form in die Erscheinung treten durfte, in die Wege geleitet.Mit ihm aufs engste verbunden war die Vorbereitung eines Kriegsetappendienstes für die Versorgung unserer Kriegsschiffe im Ernstfall über See.Beide Maßnahmen, deren Durchführung naturgemäß lange Zeit in Anspruch nehmen musste, wurden bereits 10 Jahre vor dem jetzigen Krieg eingeleitet.

Die Ausbildung von Offizieren und Mannschaften auf U-Booten wurde 1930 in Finnland und 1931 in Spanien begonnen.Ferner begann im Jahre 1931 die Ausbildung von Reserveoffizieren und nach dem Weltkriege abgegangenen Offizieren in Aufgaben,die ihrer für den Ernstfall vorgesehenen Verwendungsart entsprachen.

Für die See-Luftwaffe wurden behelfsmässige Flugplätze und Flugzeughallen errichtet, technische Versuchsentwicklungen, Versuchsflugzeuge gebaut..damit Aufstockung in kleinem Umfange durchgeführt.Flugzeuge der Lufthansa wurden von vornherein so gebaut,dass sie jederzeit für die Seefliegerei verwendet werden konnten.Auch die Katapultversuche auf der "Bremen"sind seinerzeit mit diesen Geldmitteln stark gefördert worden.

Aufbau der Luftflottenrundschau.Erfassung sämtlicher Marineseeflieger in der "Vereinigung der Marineflieger".

H3982 – 0018

Zukünftige Seeoffizieranwärter wurden vor ihrem Eintritt in die Marine in der Seefliegerei ausgebildet.

Die Aufgaben der Seefliegereigebiete gingen mit dem 1.4.33 auf das neu gebildete R.L.M. über.Es soll und darf nie vergessen werden, dass die Marine in unermüdlicher Arbeit die Grundlagen für eine neue Seefliegerei gelegt hat.Weiteren Ausführungen möchte ich mich enthalten.Allein 70% des B-Haushalts sind bis 1933 für diesen Aufgabenzweck verwendet worden.

Zur Förderung der Nachwuchsgewinnung und des Seegedanken wurde die Hanseatische Yachtschule in Neustadt finanziell sehr stärk unterstützt.Alle diese Ausbildungsmaßnahmen widersprachen schärfstens den Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Die Marine war trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen somit in den Jahren seit Beginn des Wiederaufbaus gewaltig vorangekommen.Sie hatte unter denkbar zweckmäßiger Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein innerlich festes Gebäude errichtet, einen vorzüglich ausgebildeten,zuverlässigen und freudig mitarbeitenden Personalstamm geschaffen, im Rahmen des Möglichen den Neuaufbau der Flotte und aller zu ihr gehörigen Einrichtungen gefördert und damit den Grund für eine Entwicklungszeit ganz großen Stiles gelegt, die ohne die Leistungen der vorangegangenen Jahre nicht denkbar gewesen wäre.

Für den geldmässigen Nachweis dieser Ausgaben war eine besondere Geheimkasse im Oberkommando der Kriegsmarine gebildet worden,die nach aussen hin nicht in Erscheinung treten durfte, aber in engerem mitbeteiligten Kreise als Kasse B fungierte. Daneben bestand eine kleine Prüfungsstelle aus einem Beamten, die die Vorprüfung im Sinne der Intendantur durchführte.Beide Einrichtungen sind bei dem späteren Aufbau und der Aufrüstung nach der Machtergreifung von unersetzlichem Nutzen gewesen.

Da die Kriegsmarine in der Bezahlung dieser gesamten Ausgaben nicht in Erscheinung treten durfte,mussten wieder besondere Mittelspersonen gesucht werden,über die die Geldmittel dann in die verschiedenen Quellen der Industrie u.dgl. flossen.Der Leiter der Kasse B hat jahrelang diese Geldmittel unter seinem Namen durch die Post abgeschickt.

Dieser Haushalt konnte von 6,8 Mio im Jahre 1928 bis auf 21 Mio im Jahre 1933 gesteigert werden.Mit diesem Sonderetat und seiner Behandlung war, wie ich bereits ausführte, ein Werkzeug gefunden,das im Gegensatz zu den Einzelaktionen vorheriger Jahre eine kraftvolle Zusammenfassung der in Angriff genommenen Rüstungsvorhaben bei gegenseitiger Abstimmungsmöglichkeit gestattete, und daher die grösste Aussicht auf eine militärisch und wirtschaftlich günstige Ausnutzung der anfangs nur bescheidenen Sondermittel bieten konnte.

Bei den von Jahr zu Jahr steigenden Ansprüchen an diesem Etat war es angesichts der bis 1933 gleich gebliebenen Gesamtsumme des offenen Etats nicht leicht,die Titel dieses Etats unauffällig um diese Geheimbeträge zu erhöhen, durfte doch dieses Verfahren unter keinen Umständen zur Kenntnis der gesetzgebenden Körperschaften gelangen.Bei den Beratungen des offenen Etats im Reichstag und Reichsrat, bei denen ausser dem Leiter der Marinehaushaltsabteilung mit seinen Referenten sehr häufig der Chef der Marineleitung persönlich einzelne Etatspositionen vertrat, mussten oft unbequeme Fragen ausweichend, dabei doch für den Fragesteller befriedigend beantwortet werden, und so mancher für die Marine wichtige Geheimbetrag ist durch harmlose Erklärungen begründet worden.

Doch nun zurück zum offenen Haushalt.

Haushalte 1931-33

Die Haushalte 1931-1933 bewegen sich alle um die Grenze von 186-191 Mio.Während der Reichshaushalt von 12 Milliarden Rm 1930

H3982 – 0019

auf 6 Milliarden RM 1933 mit Rücksicht auf die katastrophale Finanzlage des Reiches infolge der 6 Millionen Arbeitslosen sich stark vermindert hatte, war der Haushalt der Kriegsmarine fast gleich geblieben; sein Anteil hatte sich von 1,95 % im Jahre 1930 auf 3,14% im Jahre 1933 verbessert.

1931.

Jm Haushalt 1931 war von Bedeutung die gesetzliche und damit haushaltsrechtliche Festlegung des Schiffbauersatzplanes auf Grund des Mehrheitsbeschlusses des Reichstags in der 89.Sitzung vom 18.6.1929, wie er sich aus dem Versailler Vertrag ergab.

Neu wurden in Bau gegeben:

Panzerschiffe (2.) Ersatz Lothringen (Scheer)
5 UZ Boote
7 CF Boote

Erstmalig wurde die Freimachung militärischen Personals durch Schaffung von Zivilangestelltenstellen im Haushalt 1931 in Angriff genommen.

12 jährige Soldaten kamen zur Entlassung;im zivilen Sektor bestand bei sich steigender Arbeitslosigkeit, besonders im Beamtenberufe, keine Unterbringungsmöglichkeit.Die Kenntnisse und guten Arbeitskräfte der zur Entlassung 12-jährigen Soldaten mussten der Marine aber weiter erhalten bleiben,nachdem in die Ausbildung der 12-jährigen eine hone Geduld,Zeit und Geld hineingesteckt war,Die 15 000 Mann reichten auch nur knapp aus, um letzten Endes alle Schiffe nach dem Versailler Vertrag zu besetzen.Also musste jeder Soldat aus Tätigkeiten herausgezogen werden,die nur irgendwie möglich durch marinekundige Zivilisten besetzt werden konnten.Hier aber konnten die zur Entlassung kommenden Soldaten solange untergebracht werden,bis sie als Beamtenanwärter (im allgemeinen nach 4-5 Jahren) einberufen wurden.Die Marine konnte aber ihre Soldaten dem eigentlichen Beruf unmittelbar zuführen.

1932.

Durch den Haushaltsplan 1932 wurde das 3.Panzerschiff-Ersatz Braunschweig (Graf Spee) genehmigt, allerdings mit der Einschränkung, dass Zeitpunkt des Baubeginns und Abänderungen gegenüber dem bisherigen Schiffstyp auf Grund von Ergebnissen der Abrüstungskonferenz vorbehalten bleiben.

1933. Jn dem Haushaltjahr 1933 wurden die Geldmittel für den Bau des Segelschiffes "Gorch Fock" eingestellt, wobei 200.000 RM aus einer allgemeinen Wehrspende beigesteuert wurden.

Der Marinehaushalt befand sich in diesem Jahr auf einer absolut festen Grundlage und bot die sichere Gewähr für eine weitere allen politischen Angriffen trohende Aufwärtsentwicklung.

Jch habe vielleicht den einen oder anderen Punkt der Entwicklung des Marinehaushalts zu eingehend dargestellt.Jch musste es aber tun,um Jhnen die Fundamente des zukünftigen Marinehaushalts zu zeigen,denn ohne diese wäre manches später nicht verständlich.

Der Haushalt 1933 befand sich noch in der vollen Beratung,als der 30.Januar 1933 eine grundlegende Änderung in der politischen Entwicklung des Reichs brachte.

B.Entwicklung der Marinehaushalte 1933 - 1939.

Finanzierung des Marinehaushalts ab 1933

Mit der Machtergreifung im Jahre 1933 trat - wie in der gesamten Staatsverwaltung - auch in der Gestaltung des Haushaltswesens der Wehrmacht eine grundsätzliche Änderung ein.Das Schwergewicht der nachfolgenden Jahre war zunächst die Lösung des Arbeitslosenproblems, verbunden mit einer getarnten Aufrüstung der deutschen Wehrmacht,die zunächst im bescheidenen Masse erfolgte.Zunächst einiges über die Finanzierung der Wehrmachthaushalte vom Jahre 1933 ab.Bisher war die Bereitstellung der Geldmittel für den Wehrmachthaushalt wie für den

H3982 – 0020

a) Mefo-wechsel

gesamten Reichshaushalt aus Gründen einer geordneten Staatswirtschaft aus Zöllen und Steuern aufgebracht worden.Die Jnanspruchnahme von Reichsanleihen musste bei der finanziellen Lage des Reiches auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.Sollte dagegen das Arbeitslosenproblem und vor allen Dingen der Aufbau der Wehrmacht durchgeführt werden,mussten andere Mittel und Wege für die Bereitstellung von Geldmitteln gesucht werden.Der Reichsbankdirektor Schacht hat einmal gelegentlich einer Hauptversammlung der Reichsbank zu der Frage,woher die Geldmittel für die ungeheuren Aufgaben kommen,die das Dritte Reich sich vorgenommen hat,aufschlussreiche Ausführungen gemacht.Die politische Lage des Reichs verlangte in der Geschichte eine einzig dastehende Aufrüstung.Die Grösse dieser Aufgaben überstieg in der Zeit der Kreditkrise die normalen Finanzierungsmöglichkeiten.Bei Beginn der Aufrüstung war nun das Steuereinkommen den niedrigen Wirtschaftsumsätzen entsprechend gering. Die Haushaltseinnahmen reichten neben den ungeheuren Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung zur Ausgabendeckung bei weitem nicht aus.Der Kreditapparat war erstarrt.Der Kapitalmarkt hatte infolge der Kreditkrise nur eine unzulängliche Emissionskraft und das Vertrauen in den Kredit der öffentlichen Hand war geschwunden.So musste also ein Weg gefunden werden,der es ermöglichte,die Rüstungsaufgaben der Wehrmacht zwischenzeitlich zu finanzieren,bis die Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage das Steueraufkommen des Reichs erhöhte und die steigende Kapitalbildung dem Reiche die Aufnahme von inneren Anleihen wieder ermöglichte.Dieser Weg wurde in einem nach Tempo und Grössenordnung aussergewöhnlichen Krediteinsatz der Reichsbank gefunden,mit dem künftig zu erwartende Reichseinnahmen vorweg genommen wurden.Das Verfahren bestand für die Wehrmacht in Anlehnung an die im privaten Wirtschaftsverkehr übliche kurzfristige Geldaufnahme und die Fortentwicklung des schon mit der Begebung von Arbeitsbeschaffungswechseln erprobten Verfahrens in der Finanzierung mit Mefowechseln.Mefo heisst dabei Metallurgische Forschungsgesellschaft.Dies ist eine Handelsfirma ohne Handelstätigkeit, die eine der beiden nach dem Reichsbankgesetz für die Diskontierung durch die Reichsbank erforderlichen Firmen darstellte und den Wechsel akzeptierte.Die andere Firma,die den Wechsel ausstellende Lieferfirma.Der Gang war nun so,dass der Unternehmer in Höhe seiner Rechnung einen Wechsel mit einer gewissen Anzahl (1933 (23 Stück) von Prolongationsstücken bis 1939 auf die Metallurgische Forschungsgesellschaft zog, den diese akzeptierte und durch deren Diskontierung der Unternehmer sein Geld erhielt.Nach Ablauf der Laufzeit konnte die Mefo durch Hingabe eines Prolongationswechsels die Fälligkeit der Wechselschuld hinausschieben, und zwar so oft, wie sie Prolongationsstücke besass.Auf diese Weise konnte die Fälligkeit der Wechselschuld solange hinausgeschoben werden,bis die Einlösung der Wechsel aus langfristigen Anleihen möglich war.Ferner wurde dadurch erreicht, dass recht erhebliche Geldmittel unter Jnanspruchnahme des Reichsbank- und Privatkredites für die Aufrüstung bereitgestellt wurden, solange das Reich nur unmittelbaren Finanzierung dieser Ausgaben noch nicht in der Lage war.Dieses Vorgehen konnte nur zum Erfolge führen durch besondere Vorkehrungen, um inflationistische Entwicklungen im Keime zu ersticken, und hat sich trotz der größten Bedenken und Zweifel bei den Fachleuten der Welt voll bewährt. Unsere Währung ist vor Erschütterungen bewahrt geblieben und die Wirtschaft hat sich erholt.Die Reichseinnahmen,insbesondere durch Steuern,sind von Jahr zu Jahr gestiegen.Das Vertrauen des Volkes in die Stabilität der Wirtschaft zeigt sich vor allem in den Leistungen desGeld- und Kapitalmarktes.So sind z.B. in den Jahren 1935-1938 von diesen Mefowechseln mehr als 8,5 Mia in Reichsanleihen untergebracht worden.Bei diesem ganzen Verfahren nutzte

H3982 - 0021

man also die Kreditwürdigkeit der Firmen aus, da das Reich nicht mehr kreditwürdig war, um damit über die haushaltsmässig geringen bereitstellbaren hinaus zusätzliche Mittel zu bekommen.Das ganze vollzog sich für die Firmen unter Deckung der Reichsbank.Ich darf bemerken,dass mehrfach Firmen in den ersten Monaten an das Oberkommando herangetreten sind und das nun durch die vorstehenden Massnahmen auf den Kopf gestellte Wechselrecht nicht mitmachen wollten.Aber das Vertrauen in die Staatsführung wuchs von Tag zu Tag und die letzten Zweifler sind dann verschwunden.Bei den Mefowechseln wurde unterschieden zwischen Firmen- oder Unternehmerwechseln und Finanz- oder Globalwechseln.Die Firmenwechsel wurden von den Firmen, denen man Aufträge übertrug, gezogen.Für die kleineren Posten unter 5000 RM, über die Wechsel nicht gezogen werden sollten,musste man Bargeldbeschaffung heranbringen. Zu diesem Zwecke wurde bei der Haushaltsabteilung eine neue Firma mit den Amtsräten Jansen & Lange gebildet, die mit ihrer Unterschrift nunmehr die Beschaffung von Bargeld im Wechselwege bei der Reichsbank vornahm.Es ergab sich also die sehr interessante Tatsache,dass die fortdauernden Ausgaben des Marinehaushalts einschliesslich der Personalaufrüstung aus echten Einnahmen des Reichs (Steuern und Zölle usw.)finanziert wurden, während die einmaligen Ausgaben der Aufrüstung zunächst auf dem Wege einer Zwischenfinanzierung durch Wechsel bereitgestellt wurden.Während die fortdauernden Ausgaben ihren sogenannten buchmässigen Niederschlag bei der Reichshauptkasse fanden,sind die Einmaligen Ausgaben restlos durch die Kasse B erfasst worden,d.h. also, sämtliche Wechsel, die gezogen wurden, liefen in der damaligen Zeit bei der Marinehaushaltsabteilung zusammen und wurden nach entsprechender Buchung bei der Kasse B als echte Haushaltsausgaben an die Mefo weitergeleitet, die dann die sogenannte Einlösung der Wechsel vollzog. Die Kasse B hat in der damaligen Zeit eine unendlich dankenswerte Aufgabe geleistet.Nur durch die Schaffung einer derartigen Zentralstelle im Oberkommando konnte überhaupt die kassenmässige Bereitstellung von Geldmitteln durch die Marine schnell und sicher durchgeführt werden.Bereits im Jahre 1936 hatten die Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung und der Aufbau der Wehrmacht eine starke Geldflüssigkeit herbeigeführt.Es erschien deshalb möglich und angezeigt, das Mefo-Zahlungsverfahren dieser Lage und den auch im privaten Geschäftsverkehr üblichen Gepflogenheiten anzupassen.Ursprünglich wurde den am Mefo-Verfahren beteiligten Firmen auf Grund des von ihnen ausgestellten Wechsels sofort der Betrag ihrer Forderung überwiesen.

Vom Februar 1936 erhielten die Firmen statt Überweisung des Betrages ihrer Forderung den von ihnen gezogenen nach 6 Monaten fälligen Wechsel mit dem Akzept der Mefo zurück.Die Firmen hatten die Möglichkeit, das Mefo-Akzept als günstige Geldanlage zu verwenden oder es bankmässig zu verwerten.Die Diskontierung des Wechsels durch die Reichsbank erfolgte nunmehr erst zu dem nach dem Bankgesetz frühesten zulässigen Zeitpunkt, d.h. innerhalb der letzten 3 Monate der Laufzeit.Das Mefo-Verfahren selbst endete mit Ablauf des Rechnungsjahres 1937.

Reichsschatzanweisungen.

Vom Beginn des Rechnungsjahres 1938 an konnten infolge der wirtschaftlichen weiteren Aufwärtsentwicklung für die bisher im Mefoverfahren bezahlten Lieferungen unmittelbar Reichsmittel wieder im Haushalt eingesetzt und damit die Unternehmer von der weiteren Übernahme wechselmässiger Verpflichtungen befreit werden.Statt der Mefowechsel erhielt der Lieferer künftig eine etwa 6 Monate fällige Schuldverschreibung, und zwar in Form einer Reichsschatzanweisung -Inhaberpapier-Lieferungsschatzanweisung-.

H3982 -0022

Einschränkung des Verkaufs an Geldmitteln und Lieferschatz-anweisungen im Dezember 1938.

Jm Dezember 1938 trat - wie einigen noch in Erinnerung ist - eine starke Verknappung der Geldmittel ein, die bei Kriegsmarine

a) zur Einschränkung der Behandlung der fälligen Zahlungen,
b) von Haushaltsmassnahmen und
c) Einschränkung des Geldverbrauchs durch Eingriffe in den laufenden Haushalt führte.

Die Besetzung von Österreich, die Heimkehr des Sudetenlandes ins Reich unddie mit ihnen verbundenen grossen aussen- und innenpolitischen Erfolge des Jahres 1938 hatten,insbesondere durch die Spannungsmassnahmen,Ausgaben mit sich gebracht,durch die die im Haushaltsjahr 1938 zur Verfügung stehenden Gelder weitgehend verbraucht waren.Jnfolgedessen war für die letzten 4 Monate des Haushaltsjahres 1938 nur eine Zuweisung von Betriebsmitteln in wesentlich geringerer Höhe möglich, die für Einhalten der laufenden Vornaben und Massnahmen notwendig war.

Bei der vom Oberbefehlshaber getroffenen Entscheidung wurde in erster Linie für die Front die Zahlung der Gehälter und Löhne sichergestellt.Um die zahlenden Stellen der Front weitmöglichst von der Verantwortung für die notwendigen Massnahmen zu entlasten,damit sie den Kredit des Reiches tunlichst nicht ungünstig beeinflussen sollte, wurde ferner angeordnet,dass von einem bestimmten Zeitpunkt ab alle Zahlungen von im Einzelfall über 20 000 RM nur noch durch eine Kasse des Oberkommandos zu leisten waren.Starke Einschränkungen auf dem Gebiete der Ausbildungslehrgänge der Kriegsmarine folgten.Übersämtliche genehmigten Bauvorhaben über 30 000 RM ,die noch nicht begonnen worden waren,wurde neu entschieden.Neue Maßnahmen über 30 000 RM durften nicht eingeleitet werden,

Die Zahlungen für den Schiffbauplan, der für ihn notwendige Ausbau der Häfen, Werften,Docks und Unterkünfte,sofern Lasten für die personelle Vermehrung des Schiffbauplans unerlässlich waren,blieben zunächst von Zahlungseinschränkungen unberührt. Die Zahlungsstreckungen auf diesem Gebiete wurden im Oberkommando unmittelbar geregelt.Während bei Heer und Luft wesentliche Zahlungseinschränkungen notwendig wurden,die bis zur Nichtbezahlung von Verpflegungsrechnungen führten,konnte die Marine durch ihre zentrale Kasse B im OKM die sofortige Lenkung der Zahlungsverpflichtungen sicher, ungestört und fast ohne lebensnotwendige Einschränkungen vornehmen.

Jn Verfolg der Zahlungsmittelverknappung wurde mit Ablauf April 1939 die Bezahlung von Lieferungen und Leistungen mit Lieferungsschatzanweisungen endgültig eingestellt,da das Kontingent hierin erschöpft war.

c)Steuergutscheine.

Vom 1.5.1939 regelte sich die Bezahlung der Wehrmachtlieferungen nach dem "Gesetz über die Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben des Reiches/neuer Finanzplan vom 20.3.1939". Bisher war der Vorgriff auf künftige Steueraufkommen im wesentlichen durch Reichsanleinen geschehen.Diese waren verzinslich.Sie trugen insoweit zu fortgesetzter Vergrösserung des Finanzbedarfs bei (Zinsendienst 1939 schon rd.3½ Mia).

Die neue Art der Finanzierung bestand darin,dass der Vorgriff auf künftige Steueraufkommen nicht durch Anleihen,sondern durch Steuergutscheine geschieht.Das Reich, die Länder, die Gemeinden, die Reichsbahn,die Reichspost,das Unternehmen Reichsautobahnen und ähnliche juristische Personen und Gebilde mussten daher vom 1.5.39 gewerbliche Lieferungen und sonstige gewerbliche Leistungen in Höhe von 60% des Rechnungsbetrages in bar und in Höhe von 40% in Steuergutscheinen bezahlen.Das Steuergutschein-Verfahren fand nicht Anwendung auf Rechnungen und auf Spitzenbeträge von weniger als

H3982 – 0023

500 RM. Steuergutscheine wurden durch den Reichsminister der Finanzen ausgegeben.Das Verfahren wurde durch die 3.Durchführungsverordnung zum neuen Finanzplan mit Ablauf Oktober 1939 eingestellt.

Ich komme nun auf einen weiteren Punkt in der Finanzgebarung der Jahre 1933 und später.

Kabinettsbeschluss.

Während vor der Machtergreifung der Finanzminister in erheblichem Umfange in den Werdegang des Haushalts der Marine eingeschaltet war,worüber ich an anderer Stelle schon gesprochen habe, mußte das Tempo der Rüstung in dem Augenblick in Frage gestellt werden,wenn zu allen einmaligen Ausgaben dem Finanzminister sein bisheriges umfangreiches Recht zugestanden wurde.Das Finanzministerium,das nur auf ein einmaliges Durcharbeiten des Haushalts je Jahr eingestellt ist, hätte diesem Tempo nicht entsprechen können.Da man sich über die Lage vor Beginn des Aufbaues der Wehrmacht in scharfem Tempo klar war, wurde ein Kabinettsbeschluß herbeigeführt, der das Finanzministerium weitgehend aus dem Finanzgebaren der Wehrmacht ausschaltete und die Oberbefehlshaber ermächtigte, von Verwaltungs- und Haushaltsbestimmungen sowie von Verordnungen und Gesetzen abzuweichen,wenn dies besondere Maßnahmen verlange.

Dieser Kabinettsbeschluß war die Genehmigungsgrundlage für den Aufbau der Wehrmacht, die damit zum wesentlichen Teil souverän in ihrer Haushaltswirtschaft wurde.Die Haushaltsabteilung übernahm nunmehr die Aufgaben des Finanzministeriums verantwortlich.Wir haben den Finanzminister am Jahresschluß loyal jeweils über den Aufbau der Kriegsmarine durch Übersendung des Haushalts in entsprechender Form unterrichtet, und er hat sich mit dieser Unterrichtung zufrieden gegeben,vielleicht aus dem Gesichtspunkt heraus, dass damit die Verantwortung nicht bei ihm, sondern lediglich bei der Kriegsmarine lag.Er hat auch seine Zustimmung zu allen Beamtenvermehrungen,die wir mit Rücksicht auf die Auswirkung auf die Reichsbeamten der anderen Ressorts im Einvernehmen mit ihnen durchbesprochen haben, nur unter dem Gesichtspunkte einer vorbehaltlich endgültigen Überprüfung nach Beendigung des Aufbaues erteilt.Welche verantwortliche Belastung damit auf die Haushaltsabteilung überging, wird nur der empfinden und verstehen können,der diese Zeiten an dieser Stelle mit erlebt hat.Mit der Übernahme des Oberbefehls der Wehrmacht im II.1938 durch den Führer selbst ist dieser Kabinettsbeschluss in eine festere Form gefasst worden durch einen offiziellen Erlass vom 4.2.1938,der auch heute noch gilt. Hiernach sind Anträge auf Abweichung von Haushaltsbestimmungen, Gesetzen usw. für den Marinebereich in allen Fällen an die Marinehaushaltsabteilung zu stellen, die über jeden Einzelfall durch persönlichen Vortrag ggf. die Entscheidung des Oberbefehlshabers herbeiführt.Sie mögen aus dieser einzigartigen Massnahme erkennen,wie notwendig es ist, der Marinehaushaltsabteilung den Charakter einer von allen Gruppen unabhängigen allein dem Oberbefehlshaber unterstehenden und damit allein verantwortlichen Abteilung zu geben.

Weg der Bereitstellung der Geldmittel.

Während in normalen Zeiten sich die Bereitstellung der für den Haushalt benötigten Geldmittel und ihre Verteilung auf die einzelnen militärischen Aufgabengebiete innerhalb eines durch Gewohnheit und jährliche Wiederholung gefestigten Rahmen abspielte, mussten entsprechend der Lage der Aufbauzeit mit ihrem ungeheuren Ausmass und Tempo andere Mittel und Wege beschritten werden. Der Etat, sonst ein Dokument, an dem jede auch die geringste Änderung im Laufe eines Jahres fast unmöglich war,war jetzt fast täglich kleinen und grösseren Änderungen unterworfen.

H3982 – 0024

Die in ihm vorgesehene Verteilung der Geldmittel kann nicht in Anlehnung an frühere Jahre erfolgen,sondern musste Schritt halten mit der Lebhaftigkeit und den Besonderheiten der sonstigen militärischen Entwicklung.Die wichtigsten militärischen Gebiete müssen in erster Linie mit Geldmitteln ausgestattet werden, und wenn die Geldmittel nicht zur Befriedigung aller Absichten ausreichen,müssen weniger wichtige Planungen zurücktreten,verschoben werden, oder ganz ausfallen.So fand bei den täglich neu auftauchenden Problemen, Aufgaben,Verzögerungen und Beschleunigungen ein andauernder Kampf um die Zuteilung von Geldmitteln statt und das finanzielle Element in der Führung der Kriegsmarine trat in diesen Aufbauzeiten stärker in Erscheinung als sonst.

Auch die Beschaffung der Geldmittel für die 3 Wehrmachtteile hat ein völlig anderes Gesicht erhalten als früher.Das Geld wird nicht mehr einzeln von dem Wehrmachtteil beim Finanzminister angefordert,sondern der Reichskriegsminister teilt den einzelnen Wehrmachtteilen auf Grund ihrer Forderungen und auf Grund seiner Beurteilung der Dringlichkeit die Mittel en bloc aus den Mitteln zu, die er seinerseits wieder insgesamt erhalten hat.Alle 3 Wehrmachtteile sind natürlich bestrebt, ihren Anteil an dieser Gesamtsumme möglichst gross zu gestalten, und da ein gleicher Nenner für die ganz verschiedenen Bedürfnisse nicht vorhanden ist, gilt es, die Jnteressen der Marine in der richtigen Weise zur Geltung zu bringen. Jn den entscheidenden Phasen musste der Kampf um die Geldmittel vom Oberbefehlshaber der Marine persönlich geführt werden.

Bau- und Geldplan.

Die Grundlage für die Forderung der Marine war dabei der Befehl des Führers,so schnell wie möglich eine unserer politischen Lage angemessene moderne und kampfkräftige Flotte zu schaffen.Diese Aufgabe verlangte natürlich eine Planung auf lange Sicht nach dem Grundsatz,dass zunächst die wichtigsten und die am meisten Zeit beanspruchenden Vorhaben in Angriff genommen werden und vorwärts getrieben werden müssen, weil sich besonders beim Schiffbau verlorene Zeit nicht durch vermehrtes Tempo wieder aufholen lässt.Dementsprechend mussten also auch die Mittel für mehrere Jahre voraus veranschlagt und gefordert werden.Aus diesen Überlegungen entstand ein Bau- und Geldplan der Kriegsmarine, der jährlich in Form einer Denkschrift dem Obersten Befehlshaber und den Haushaltsmittel verteilenden Stellen das Anwachsen der Flotte und den dazu erforderlichen Geldbedarf der Marine darstellen musste.Jch komme hierauf an anderer Stelle noch zurück.Die Steuerung des Aufbaues der Kriegsmarine von der Geldseite war allerdings nicht immer möglich.

Das Anspannen der Finanzkraft des deutschen Volkes bis an seine Grenze hatte dazu geführt,dass weniger die Bereitstellung der Mittel als die Lage auf dem Rohstoff- und Arbeitergebiet von Einfluss für die Durchführung geworden war.Jnfolgedessen entsteht neben dem Bau- und Geldplane, den die Haushaltsabteilung, wie oben ausgeführt, aufstellte, eine andere Dringlichkeit,die der Kriegsmarine durch den Beauftragten für den Vierjahresplan und durch das Arbeitsministerium aufgezwungen wird.Es musste daher auch auf dem Rohstoffgebiete eine planvolle Bewirtschaftung und eine zwischen Geld- und Rohstoffeinsatz bestehende Wechselwirkung herbeigeführt werden.Dies ist im Bau-,Geld- und Rohstoffplan erstmalig für 1938 geschehen.

Grundsätze der souveränen Haushaltsgebarung.

Bei aller Großzügigkeit in der Aufbauzeit blieben aber diejenigen Stellen,die Geld ausgeben oder verwalten, in vollem Umfange gebunden an die bisher gültigen Methoden und Bestimmungen für die Verwaltung,Rechnungslegung und Rechnungsprüfung mit allen ihren scheinbaren Unbequemlichkeiten.Nur bei einer ins einzelne gehenden Sorgfalt,Gründlichkeit und Zuverlässigkeit auch des kleinsten

H3982 - 0025

Geldverwalters oder Angestellten konnte eine ökonomische Ausnutzung der Geldmittel erreicht und eine nachlässige Geschäftsführung mit ihren sächlichen und moralischen Gefahren vermieden werden. So selbstverständlich Großzügigkeit und Jnitiative für die militärische Führung sind, so unerlässlich war daher für alle Verwaltungs- und fondsverwaltenden Stellen vom Oberkommando bis in die letzte Kompanie und in das kleinste Zeugamt hinein Sorgfalt,Genauigkeit und Sauberkeit in der Geldverwaltung.Völlige Klarheit in den Planungen,sorgfältige Nachprüfung der militärischen Notwendigkeit auch die wichtigsten Gebiete und unbedingte Festigkeit gegen alle unberechtigten persönlichen oder unsachlichen Forderungen sind unerlässlich.

Wenn den Oberkommandos auf solche Weise fast der gesamte Wohlstand der Nation zu treuen Händen übergeben wurde,wenn unser Volk seine ganze finanzielle Kraft einsetzte für die uns übertragene Aufgabe der militärischen Rüstung, dann könnten wir der Grösse der uns auferlegten Verantwortung nur gerecht werden, wenn wir nicht allein die rein militärischen Probleme selbst,sondern auch inre uns weniger liegende finanzielle Seite mit tiefem Ernst und vollem Verständnis behandelten.

Verteilung der Geldmittel.

Wenn der Kampf um den Anteil der Marine am Wehrmachthaushalt beendet war und der Marine vom Reichskriegsminister eine Pauschalsumme zur Verfügung gestellt war,begann die allein in der Hand des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine liegende endgültige Verteilung der Geldmittel auf die einzelnen Aufgabengebiete.Anmeldung und Prüfung der Anforderungen der Gruppen spielten sich nach dem gleichen Muster ab, als wenn es sich um die Anmeldung der Forderungen vor der Aufbauzeit handelte, nur mit dem Unterschied,dass früher über die einzelnen Maßnahmen die gesetzgebenden Körperschaften entschieden, heute dagegen der Oberbefehlshaber verantwortlich für seine eigene Person.Sollten hier und da die von den Gruppen für die militärischen Forderungen angemeldeten Mittel nicht ausreichen,sich nicht im Rahmen der vom Reichskriegsminister zur Verfügung gestellten Pauschalsumme halten,so mussten eingehende Verhandlungen mit den Gruppen geführt werden unter Hinzuziehung der Seekriegsleitung, die im Einzelnen darüber entschied, welche Massnahme nach inren taktischen und strategischen Absichten vorgezogen werden muss, bzw. bedenkenlos zurückgestellt werden konnte.Die Seekriegsleitung hatte zu diesem Zweck einen sogenannten militärischen Rüstplan aufgestellt, der sich mit der militärischen Aufrüstung und Dringlichkeit der militärischen Forderung im Endziel befasste.Es muss immer wieder klar und deutlich herausgestellt werden,dass die militärischen Forderungen seitens der militärischen Stellen ohne Rücksicht auf das Geld gestellt werden, denn der Krieg wird nur von der militärischen Stelle geführt.Die Haushaltsabteilung hat zur Erfüllung dieser militärischen Forderungen bei den zuständigen Stellen die Bereitstellung der Geldmittel durchzusetzen, ggf. unter persönlichem Einsatz des Oberbefehlshabers. Ein Grundsatz, der nicht immer von der militärischen Seite beachtet worden ist und daher zuweilen zu Reibungen führen musste,"Wer das Geld hat, hat auch die Macht", wäre am liebsten von der militärischen Stelle mit wahrgenommen worden.

Der Aufbau des Etats spielte sich auch während der Aufbauzeit in gleicher Form wie vor 1933 dem Finanzminister gegenüber ab.Durch eine allgemeine Haushaltsverfügung, der die Personalstärke mit dem Jndienststellungsplan beigefügt war und mit einem Hinweis auf den Schiffbauplan wurde von vornherein sichergestellt,dass sämtliche Anmeldungen der Gruppen des Hauses einheitlich auf einen Nenner gebracht wurden.Jrgendwelche Änderungen,die sich zwischen der Anmeldung und dem Jnkraftsetzen des Etats ergaben,sind stets ausser Betracht geblieben.

---

bei der kleinsten Ausgabe, schärfste Konzentrierung auf

H3982 – 0026

Schiffbauplan.

Die Zeit der ganz grossen Entwicklung der Marine war also mit dem Augenblick der Machtergreifung gekommen.Bereits in dem ersten Jahre nach ihr, im März 1935, ging man über zum Bau von Schlachtkreuzern mit einem Deplacement von 27 000 t.Ein solches Schiff wurde in Bau gegeben.Damit verstiess man im Marinebereich sofort in einer schon nach kurzem nicht mehr zu verschleiernden Form gegendie eine der für uns wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages.Jn gleicher Weise wurde gegen die zweite wichtige Bestimmung, das Verbot des Baus von U-Booten,verstossen. 2 grosse und 6 kleine U-Boote wurden in diesem Jahr in Auftrag gegeben,weiterhin der kleine Kreuzer "Nürnberg",8 Minenräumboote und 7 Schnellboote.Die U-Boote sind, da ihr Bau nach aussen unter keinen Umständen in Erscheinung treten durfte, in Einzelteilen fertiggestellt worden, die zunächst in Schuppen gelagert wurden und nach Erklärung der Wehrfreiheit nur noch zusammengesetzt zu werden brauchten.Auch die dritte der für uns nachteiligsten Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Personalbeschränkung auf 15 000 Mann, wurde bei der Machtergreifung sofort außer Acht gelassen.Der Personalbestand der Marine betrug 1934 bereits 25 000, im Jahre 1935, dem Jahre des Londoner Flottenabkommens, 34 000 Mann.

Das Jahr 1934 sah die Jnbaugabe des zweiten Schlachtkreuzers, dazu von 2 Schweren Kreuzern, 16 Zerstörern, 4 Räumbooten, 2 Schnellbooten, 10 mittleren und 18 kleinen U-Booten, vor.Es war dies eine starke Belastung der damaligen aussenpolitischen Lage.

Das Jahr 1935 brachte das Londoner Flottenabkommen.Das Abkommen sah im wesentlichen folgende Bestimmungen für die Begrenzung der deutschen Rüstung zur See vor:

a) Beschränkung der Tonnage von Schlacht- und Panzerschiffen, von Flugzeugträgern,Kreuzern,Zerstörern und U-Booten auf 35% der englischen Tonnage
b) auf die Schlachtschifftonnage waren die Panzerschiffe anzurechnen.

Danach konnte Deutschland noch 2, evtl. 3 Großkampfschiffe und 10 U-Boote von 600 t bauen.

Beim Jahreswechsel 1935/1936 wurde die deutsche U-Bootsquote auf 45 % erhöht, was die Möglichkeit zum Bau von noch 9 U-Booten von je 600 t schuf.

Das Abkommen ist eingehalten worden.Jm Jahre 1935 wurde das Schlachtschiff "Bismarck" in Bau gegeben,dessen Grösse durch das Abkommen auf 35 000 t festgelegt war.Jn den beiden folgenden Jahren kamen je ein weiteres Schlachtschiff von ähnlicher Grösse hinzu, 1938 zwei Schlachtschiffe. Das sprunghafte Ansteigen des englischen Schlachtschiffbaues nach 1936 gab für einen Teil dieser Bauten die vertragliche Berechtigung.Jnsgesamt sind ausser "Scharnhorst" und "Gneisenau" bis Kriegsausbruch 6 Schlachtschiffe in Bau gegeben worden.

1935 und 1936 sind ferner je 1 Flugzeugträger von 20000 t und 1 bzw. 2 Schwere Kreuzer in Auftrag gegeben.Dazu je 6 Zerstörer bzw. Torpedoboote, 8 bzw. 11 U-Boote usw.

Jm Ganzen ist festzustellen,dass die Marine in all diesen Jahren die vorhandenen Möglichkeiten auf dem Gebiete des eigentlichen Flottenausbaues im denkbar weitgehendsten und überhaupt erreichbaren Masse ausgenutzt hat.Eine weitere Steigerung des Tempos und Umfanges im Flottenausbau wäre ein flagranter Verstoß gegen das Londoner Flottenabkommen gewesen.

Jn der Zeit der Kündigung des Londoner Flottenvertrages ist ein neuer umfangreicher Flottenbauplan aufgestellt worden, der Z-Plan.Er sah einen Flottenausbau sehr großen Ausmaßes bis zum Jahre 1948 vor, und zwar

H3982 – 0027

Schiffstyp	Nach dem Z-Plan zur Fertigstellung bis 1948 geplant		Bis Kriegsausbruch fertig oder in Bau	
Großkampfschiffe und Schlachtkreuzer	10		8	
Panzerschiffe (20.000 t und mehr)	12		4	
Panzerschiffe (10 000 t)	3		3	
Flugzeugträger (20 000 t u.12.000 t)	4		2	
Schwere Kreuzer (10 000 t)	5		5	
Leichte Kreuzer Typ M (8000 t)	16		6	
Leichte Kreuzer (6 000 t)	6		6	
Spähkreuzer (5 000)	22		-	
Minenschiffe	10		8	
Zerstörer (2 200 t bis 2 800 t)	38		17	
Zerstörer (1 600 t bis 1 800 t)	30		22	
Torpedoboote (600 t bis 800 t)	90		48	
U-Boote (Über 1000)	27)		10)	
U-Boote (ca.700 t)	62)	249	24)	129
U-Boote (ca.550 t)	100)		63)	
U-Boote (250 t bis 350 t)	60)		32)	
Schnellboote	75		47	
Sonstige Fahrzeuge,(Geleitboote,U-Bootsjäger,Minensuchboote,Räumboote usw.)	227		100	
	797		405	

pp.

Jn den ersten 5 Monaten des Jahres 1939, vom 1.April bis zum Kriegsausbruch, wurden hiervon allein 1 Schlachtschiff größter Art, 4 Panzerschiffe von je 20 000 t, 3 Minenschiffe, 9 Zerstörer, 11 U-Boote und eine Anzahl sonstiger Schiffe in Bau gegeben.Deutschland, das durch Kündigung des Londoner Vertrages endgültig alle Fesseln, die ihm vertragliche Bestimmungen auferlegten,gesprengt hatte, sollte durch den Z-Plan eine der Größe und Stärke des Reiches entsprechende und seine Machtstellung auf dem Meere sichernde Flotte erhalten.Gegenüber einer Schiffseinheit von 48 nach dem Versailler Vertrag sah der Z-Plan im Endziel 797 Schiffe vor, darunter allein 249 U-Boote.Es gibt kein Rüstungsgebiet innerhalb der Marine - und mag es sonst noch so wichtig sein - ,das in seiner Bedeutung dem Neubau der Flotte gleichkam.Wenn also Abstriche von den Gesamtforderungen notwendig sind, wo wurden sie niemals beim Schiffbau vorgenommen.Jn keinem Falle ist also dem Aufbau der Flotte von der Geldseite in den Jahren 1933-1939 irgendeine Beschränkung auferlegt worden;im Gegenteil, hier wurde soviel Geld eingesetzt,wie mit den jeweils bereitgestellten Rohstoffen und den zur Verfügung stehenden Arbeitsmöglichkeiten verbraucht werden konnte.Der Anteil des reinen Schiffbaues am Gesamthaushalt der Kriegsmarine hat im Jahre 1936 48% betragen.Der höchste in der Entwicklungszeit vor dem Kriege 1914-18 erreichte Prozentsatz war 52% im Jahre 1912.Allerdings, wie betont, sind auch dem Schiffbau Grenzen gesetzt,durch die

H3982 – 0028

vorhandene Kapazität der Werften usw..Der Anteil von 48% des Jahres 1936 hat sich später auf 23% im Jahre 1939 ermäßigt,ohne dass eine Ermäßigung der bei dem Schiffbauersatzplan jährlich ausgebrachten Geldmittel eingetreten ist.

Rüstung.

Der planmäßige Fortgang des Schiffbaues verlangte nunmehr auch die Erweiterung bzw. den Neubau von Werften,Docks,Betriebseinrichtungen,Ausweitungen von wichtigen Rüstungsfirmen der Marine, wie z.B.Krupp und nicht zuletzt die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für die Arbeiter der Werftbetriebe.So musste ein recht erheblicher Anteil der Mittel für diese unmittelbare Unterstützung des Schiffbaues angesetzt werden.Als nächst wichtiges trat hinzu das Vorhandensein und der Ausbau der notwendigen Häfen und Stützpunkte,Schleusen,Docks und sonstige Hafenbauten,das Vorhandensein der Werften und ihren Flakschutz.Daneben trat als ebenso wichtiger Faktor die Versorgung der Werften und Stützpunkte mit genügend Schleppern und Betriebsfahrzeugen.Zu der Flotte selbst gehörte die für die Kriegführung im Atlantik notwendige Zahl von Troßschiffen.

Die nächst wichtige Massnahme war das Schaffen der notwendigen Waffenschulen,Marineschulen,Ausbildungsabteilungen,Lazarette,Bekleidungs- und Verpflegungsämter, für die dieser Schiffbauplan die personelle Vermehrung erfordert.Demgegenüber musste der Ausbau der Seezielbatterien der Küste und die Vermehrung der M.A.A.'en vorübergehend zurücktreten.

Als nächst wichtiger Punkt ist die Durchführung der Vorbereitung zur Armierung der Hilfsschiffe, der Hilfskriegsschiffe und der gesamten Handelsschiffe, soweit sie im Kriege in Fahrt bleiben,zu nennen. Mit dem Aufbau der Marine geht parallel die Vermehrung der nötigen Soldatenstellen,Beamten-,Angestellten- und Arbeiterstellen. Die Vermehrung der Soldatenstellen wird ohne weiteres nach dem eintretenden sachlichen Bedürfnis durchgeführt.

a)Offizierstellen.

b)Beamtenstellen.

Bei der Vermehrung der Beamtenstellen ist ein erheblich strengerer Massstab anzulegen.Während bei den Soldaten eine jederzeitige Kündigung des Vertragsverhältnisses eintreten kann, ist die Marine bei den Beamten bis zum 65.Lebensjahr vertraglich an ihn gebunden: seine lebenslängliche Einstellung stellte daher für die Marine eine dauernde geldliche Belastung dar.Es ist daher bei der Schaffung von Beamtenstellen ein besonders strenger Maßstab anzulegen,dieses umso notwendiger, als jede neue Beamtenstelle eine dauernde Belastung des Etats darstellt und damit bei einem großen Beamtenetat die Indiensthaltung von Schiffen gefährdet werden kann.

Die Prüfung der jährlichen Forderung auf neue Beamtenstellen ist stets sehr sorgfältig vorgenommen worden, um Personalungerechtigkeiten und Überbelastungen des Haushalts zu vermeiden.Hierfür wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

a) Jede neue Beamtenstelle ist eingehend auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, dabei Möglichkeit der Ersetzung durch eine Angestelltenstelle ins Auge zu fassen.
b) Neu geforderte Angestelltenstellen sind möglichst auf einmalige Mittel zu übernehmen,da hierdurch nur befristete Dauerbelastung für den Haushalt.

H3982 – 0029

c) Keine Stellen für Organisationen,die noch nicht grundsätzlich angeordnet sind, schaffen.

Welche Einzelarbeit von der Marinehaushaltsabteilung hierin bewältigt worden ist. mag man daran erkennen,dass für 1939 allein neu geforderte

2407 Beamtenstellen (2248 genehmigt)
2091 Angestelltenstellen (1588 genehmigt)
1201 Arbeiterstellen (991 genehmigt)

durchgeprüft werden mussten.Es muss in der Aufbauzeit besonders engherzig darauf geachtet werden,dass sich die Fortdauernden Ausgaben der Kriegsmarine in einem vertretbaren Umfange zum Etat im Endziel halten und die Aufgabenziele sich nicht gegenseitig vortäuschen.Bei der Schaffung der Beamtenstellen ist ferner bedacht worden,dass zwischen den Soldatenstellen und den Beamtenstellen stets ein gesundes Zahlenverhältnis besteht.(S.Anlage).Die Belastung des Haushalts mit einer einmaligen Forderung von 30 oder 40 Mio hat im Endziel gesehen nicht die Bedeutung wie die Dauerbelastung von 30 oder 40 000 RM für 10 Beamtenstellen in einem späteren Haushalt. Jeder Beamte oder jede Planstelle für einen Beamten,die zuviel da ist, die lange dauert und nur schwer durchgeführt werden kann. Es ist schon nicht leicht,Angestellte abzubauen.Die Einwirkung des Reichsfinanzministeriums auf diesen Gebieten war daher für die Marine im grossen gesehen von Nutzen.Die Marine hat daher auch bei der Schaffung von Beamtenstellen während der Aufbauzeit verhältnismässig sehr kurz getreten, obwohl keiner sich darüber beklagen kann, dass er nicht aus der Konjunkturzeit einen entsprechenden Nutzen gehabt hat.Es ist mindestens jeder Beamte einmal, wenn nicht sogar zweimal, viele sogar dreimal befördert worden.Es besteht daher nach keiner Richtung irgend ein Grund zur Klage über die schlechten Beförderungeverhältnisse.Dass einmal eine Grenze gezogen wird, ist selbstverständlich.Die Haushaltsabteilung hat für die Verbesserung der Beamtenlaufbahnen von sich manche Anregungen gegeben und wohlwollend bestehende Härten aus den Jahren vor 1933 ausgeglichen.Die Zahl der Beamten hat sich von 2003 Stellen im Jahre 1933 auf 7741 Köpfe im Jahre 1939 vermehrt.Einige Gruppen haben sich stark übernommen,sodaß von den 7741 vorhandenen Beamtenstellen reichlich 1/3 unbesetzt geblieben sind.Und trotzdem ist der Aufbau personell durchgeführt worden.Die unbesetzten Stellen sind jetzt für die Besetzung durch zur Entlassung kommenden Versorgungsanwärter gehortet.Über den Beförderungekegel (1 : 3) -Ministerialverfassung - wird Ihnen Flottenintendant Eggert Näheres vorgetragen haben.

Angestelltenstellen.

Die Angestelltenstellen haben sich von 2365 im Jahre 1933 auf 20 066 Köpfe,die der Arbeiter von 8610 auf 43 700 Köpfe erhöht. Auch hier musste bezüglich der Bewertung der Tätigkeit ein scharfer Maßstab angelegt werden und trotzdem ist für die Höherstufung der Angestellten unendlich viel getan worden.Über bestimmte Grundsätze kann hier nicht hinaus gegangen werden.Es geht allerdings z.B. nicht an, eine 25 jährige weibliche Hilfskraft mit nur Schreibmaschinenkenntnissen innerhalb von 2 Jahren von Verg.Gr.VIII nach VI b zu bringen.

Allgemeines über den Haushalt 1933-1939.

Der Haushalt der Wehrmachtteile war seit 1933 nicht mehr zugänglich.Wegen der Geheimhaltung wie auch wegen der technischen Schwierigkeiten war es völlig ausgeschlossen,einen allgemein gültigen und laufend richtigen Gesamtetat rechtzeitig herauszubringen.Da aus Tarnungsgründen jede Stelle der Marine immer nur die Mittel ihres eigenen Bereichs übersehen sollte, war es erforderlich, von Zeit zu Zeit mit einer allgemein gehaltenen Verfügung die Grundsätze über die Geldwirtschaft der Aufbauzeit bekannt zu

H3982 - 0030

geben und auf diesem Wege die geistige Verbindung zwischen Front und Oberkommando herzustellen, die in früheren Jahren durch den Etat erfolgte.Dies ist erstmalig durch eine Verfügung des Oberbefehlshabers für 1935 geschehen und ist dann im Jahre 1936, 1937 und 1939 wiederholt worden.Während die Marine den bisherigen Haushalt über die 15 000 Mann offen unverändert fortführte, hatte sie über den Aufbau eine weitere Geheimhaltung großen Umfangs durch eine Reihe von Tarnmaßnahmen getroffen.Die Marine teilte dazu ihren Haushalt in 3 Unterhaushalte ein,

1. <u>den alten Haushalt der Marine</u>, allgemein als "<u>offener" Haushalt</u> bezeichnet.Er enthält praktisch die alte 15 000 Mann Marine, die Auswirkung der Indienststellung und Instandhaltung nach dem laufenden Stande, da sich indienstgestellte Schiffe nicht tarnen lassen, die Friedensneubauwerte und darüber hinaus eine unbedeutende Vermehrung der Beamtenstellen, über die im Einzelnen nach dem alten Verfahren in eingehenden Begründungen mit dem Finanzministerium verhandelt worden ist.
2. <u>Den B- mit dem Umbau-Haushalt.</u>
   Er enthält zunächst die Geldmittel des alten schwarzen Haushalts.Neu aufgenommen war ein weiteres Kapitel 8 mit der allgemeinen Bezeichnung "Umbauhaushalt".Durch dieses Kapitel werden zusätzlich die Geldmittel bereitgestellt für die Fortdauernden Ausgaben der 15 000 Mann übersteigenden Kriegsmarine.Dieser sogenannte Umbauhaushalt hat die gleiche Einteilung wie der offene Haushalt mit seinen 21 Kapiteln, nur mit dem Unterschied, dass die bisherigen Kapitel in diesem Umbauhaushalt die Titelbezeichnungen haben,während die Titel des offenen Haushalts im Umbauhaushalt als Unterteile bezeichnet werden.Zweckbestimmungen des offenen und des Umbauhaushalts sind in allen Fällen die gleichen.Die Geldmittel dieses Haushalts sind im offenen Haushalt bei einem Titel bei den einmaligen Ausgaben als "Maßnahmen infolge Umbildung der Kriegsmarine" mit einem einzigen Betrag ausgebracht.Praktisch wurde nun so vorgegangen,dass den Gruppen des Hauses die Personalstellen und die sächlichen Haushaltsmittel im Umbauhaushalt zur Verfügung gestellt wurden.Die Gruppen stellten den Frontdienststellen diese Stelle bei den entsprechenden Kapiteln und Titeln des offenen Haushalts zusätzlich zur Verfügung.Durch die erhöhten Mittel des Umbauhaushalts wurden zunächst die Ansätze des offenen Haushalts überschritten,da der offene Haushalt lediglich den Ansatz für eine 15 000 Mann Marine enthielt.Hierdurch entstanden also überplanmäßige Ausgaben,die am Jahresschluss durch eine entsprechende Umbuchung wieder abgedeckt wurden.Praktisch genommen war es also so,daß man alle entbehrlichen Mittel des offenen Haushalts als Einnahmen in den B-Haushalt einstellte und am Jahresschluss die im offenen Haushalt aufgetretenen überplanmäßigen Ausgaben deckte.Durch diese Art des Vorgehens konnte man den offenen Haushalt bis auf den letzten Pfennig auskehren, Ersparnisse bei den Anforderungsmitteln wegziehen und durch eine Umbuchung zu übertragbaren Geldmitteln machen.Offener und B-Haushalt wurden aus <u>echten</u> Betriebsmitteln (Zöllen usw.) des Reichshaushalts gespeist.
3. <u>Die Maiprogramme.</u>
   Die umfassen alle Einmaligen Ausgaben, also Schiffbauplan, Ausbau der Häfen,Stützpunkte,Bau der Schleusen,Docks,Werften,neue Kasernen-,Lazarett- usw. Bauten, Maßnahmen zur Bewaffnung von Handelsschiffen für die Kriegführung,Verbesserung von vorhandenen Schiffen,Ausbau der Küstenbefestigungen usw..Die Ausgaben der Maiprogramme wurden mit Mefo-Wechseln bezahlt.

H3982 – 0031

Haushalt 1933.

Jch komme nunmehr zu den einzelnen Marinehaushalten von 1933 ab. Der Haushalt 1933 wurde auf Grund der veränderten Verhältnisse im Januar 1933 auf Grund einer Vollmacht des Führers mit 186 Mio RM in Kraft gesetzt.

Wie ich bereits an anderer Stelle ausführte, stand im Jahre 1933 die Lösung des Arbeitslosenproblems mit einem getarnten Aufbau der Wehrmacht im Vordergrund. Jn Verfolg dieses Zieles wurden der Wehrmacht für die Kriegsmarine schon im Februar 33 14 Mio RM und im März 33 21,7 Mio RM zusätzlich für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt. Diese beiden Beträge liefen unter dem Namen "Februarprogramm" und "Märzprogramm". Jhre Finanzierung erfolgte mit Arbeitsbeschaffungswechseln, die durch die Öffa diskontiert wurden und dann zur Reichsschuldenverwaltung gingen. Diese Mittel wurden in erster Linie zur Beseitigung von Notstandsmaßnahmen aller Art innerhalb der Marine verwendet, die bei der Geldknappheit der Geldmittel jahrelang nicht zum Abschluß gebracht werden konnten.

Neu in Bau gegeben wurden sofort:

1 Werkstattschiff für R-Boote (Flottentender "Saar") und
1 Werkstattschiff für S-Boote (Flottentender "Tsingtau").

Jm Laufe des April 1933 wurde der Marine zugesichert, dass sie für die nächsten 5 Jahre jährlich mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 80 Mio RM zu rechnen hätte. Gleichzeitig wurde für 1933 die 1. Rate mit 80 Mio RM zugewiesen. Da die Bereitstellung der Mittel in die Zeit des 1. Mai, "Tag der nationalen Arbeit" fiel, lief dieses Programm unter dem Namen "Maiprogramm" an. Hierin finden Sie eine Erklärung des Jhnen nicht unbekannten Namens "Maiprogramm". Die Einmaligen Ausgaben der Kriegsmarine laufen auch heute noch unter diesem Namen "Maiprogramm". Die Finanzierung dieses Maiprogramms erfolgte, wie ich bereits an anderer Stelle ausführte, bis zum Jahre 1937 ab mit Mefowechseln.

Aus diesen Mitteln wurde sofort die erste Rate für den Kreuzer "Nürnberg", für 7 S- und 8 R-Boote bereitgestellt sowie für 8 Flottenbegleiter und die erste Rate für das Schlachtschiff "Scharnhorst".

Mit Rücksicht auf die Jnbaugabe des Schlachtschiffes "Scharnhorst" wurde gleichzeitig ein Schwimmdock mit 30 000 to bei der Schichauwerft Danzig in Bau gegeben, für das aus dem "Aufkommen der Spende zur Förderung der nationalen Arbeit" ein Betrag von ? Mio RM von Gauleiter Koch bereitgestellt wurde.

Der Haushalt 1933 enthält dann u.a. 10 Mio RM für die Auffüllung der sehr stark vernachlässigten Munitionsbestände sowie von 4 Mio RM für die Auffrischung der Minenbestände. Der Haushalt erreichte damit die Höhe von 301 Mio Rm.

Haushalt 1934.

Jch komme nun zum Haushalt 1934, der mit 487 Mio RM anlief. Hiervon entfielen 236 Mio RM auf den Offenen Haushalt; 201 Mio RM wurden durch Wechsel bereitgestellt. Der Haushalt 1934 brachte die erste Rate für Aviso "Grille", eine Anerkennungsrate für die beiden schweren Kreuzer "Hipper" und "Blücher" sowie die erste Rate für 16 Zerstörer. Ferner wurden für das Anlaufen eines Wohnungsbauprogramms mit 2000 Wohnungen, da auch diese Frage jahrelang stark vernachlässigt war, 14 Mio RM zur Verfügung gestellt.

Wie ich bereits an anderer Stelle ausführte, muss der Aufbau einer Kriegsmarine planmässig erfolgen. Anfang August 1934 wurde der Oberbefehlshaber zu einem Vortrag beim Führer in Berchtesgaden befohlen, wo über den "Aufbau der Wehrmacht" Entscheidung getroffen werden sollte. Diese Gelegenheit wurde benutzt, um dem Führer erstmalig einen "Bau- und Geldplan der Kriegsmarine" vorzulegen, der unter dem Namen "Weissbuch" im internen Kreise bekannt ist. Dieses Weißbuch sah für die Haushalte 1934 bis 1938 insgesamt 3,4 Mia RM

H3982 – 0032

mit einer Soldatenpersonalstärke von 45 000 Köpfen im Endziel vor.In diesen Mitteln waren allerdings 230 Mio RM enthalten für Diskontspesen bis zur Einlösung der Mefowechsel,also fast ¼ Mia gingen dem Aufbau verloren und mussten als unproduktive Kosten gebucht werden.Das "Weißbuch" hielt sich von der Schiffsgröße und dem U-Bootbau abgesehen noch im Rahmen des Schiffbauersatzplans nach dem Versailler Friedensvertrag.

Der Vortrag des Marinechefs beim Führer fand allgemeine Zustimmung, insbesondere auch vom Reichsbankpräsidenten,der die Forderung der Marine als maßvoll und nicht utopisch ansah.Durch dieses "Weißbuch" war für den Haushalt 1935 schon die Bereitstellung von 650 Mio RM durch die Kriegsmarine gesichert.Die Mittel des Offenen Haushalts 1934 hielten sich in Höhe von 243 Mio RM, die in Form von baren Betriebsmitteln durch den Reichsfinanzminister bereitgestellt wurden; das Maiprogramm war durch Mefowechsel zu finanzieren, es belief sich auf rd.420 Mio RM.

Im Haushalt 1934 setzte auch erstmalig für Bau und Reparaturmöglichkeiten der großen Schiffe der Ausbau der Deutschen Werke Kiel ein.

Haushalt 1935.

Im Haushalt 1935, der, wie vorerwähnt, mit rund 650 Mio RM anlief, wurden die Voraussetzungen geschaffen für die weitere starke Erhöhung der nächsten Haushalte durch einen neuen "Bau- und Geldplan", der als "Blaubuch" bezeichnet wurde.Da die Aufstellung dieses Blaubuchs bereits in die Zeit der Verhandlungen des Flottenabkommens fiel, sah sie als Endziel 35% der englischen Flotte vor.Da der Aufbau der Kriegsmarine nicht schlagartig einsetzen konnte,waren die Kosten der Marine beim ersten Anlaufen gering gewesen,stiegen dann aber zwangsläufig.Auch mussten zunächst die politischen und die militärischen Voraussetzungen geschaffen werden, ehe mit der Konstruktion der neuen Typen begonnen werden konnte.In den Haushaltsjahren 1933 bis 1934 waren daher die Ausbaumassnahmen der Marine nicht voll wirksam.Ausserdem hatte sich die Marine bewusst zu Gunsten der beiden anderen Wehrmachtteile beschränkt und daher auch nur knapp 10% des Wehrmachthaushalts erhalten.Sie hatte also kurz getreten.Mit dem Heranwachsen der Neubauten ging eine Steigerung der Kosten Hand in Hand.Es galt daher einen Weg zu finden,der eine planvolle Verteilung der Ausgaben auf die vorgesehenen Aufbaujahre ermöglichte.Der Aufbauplan der Marine musste daher auf lange Sicht aufgestellt und grundsätzlich vom Führer bewilligt werden,denn jede Störung dieses Planes von der Geldseite aus hatte schwerste politische, militärische und wirtschaftl che Rückschläge zur Folge.Das Blaubuch stellte daher einen Zielplan für die Jahre 1936-1942 dar.Der normale Haushalt für das Jahr 1942 belief sich auf rd. 600 Mio RM, wobei auf den Schiffbauplan 100 Mio RM entfielen.Der Schiffbauplan umfasste insgesamt 200 Einheiten.

Im Haushalt 1935 wurde zur Sicherstellung der Sperrarmierungen im Rahmen des Schiffbauersatzplans ein neuer Abschnitt "Sperrarmierungen" geschaffen, um vor allen Dingen die Minenausrüstung für den Defensiv-Krieg sicherzustellen.Dies war am leichtesten über den Schiffbauplan möglich, der ja "tabu" war.Im Haushalt 1935 sehen wir die erste Rate für "Bismarck","Prinz Eugen", 6 Zerstörer, 12 T-Boote, 12 M-Boote, 2 Troßschiffe und "Horst Wessel". Es wurde mit dem Bau der neuen Sperrzeugämter Trappenkamp und Heinschenwalde begonnen, denen im Jahre 1936 Starkshorn und Conow, 1937 Peyse und Tilzow folgten.Der Bau dieser Sperrzeugämter war eine Folge der nunmehr in großem Umfange anlaufenden Sperrarmierungen.Im Haushalt 1935 ist ferner die erste Rate für den Bau der 4.Hafeneinfahrt, deren Kostenanschlag zunächst 93 Mio RM betrug, sich aber bis 1938 auf 170 Mio RM erhöhte. enthalten.Gleichzeitig wurde mit dem

H3982 – 0033

Bau der Lazarette Wesermünde,Stralsund und dem 2.Lazarett in Kiel begonnen.Die Utowerft in Wilhelmshaven wurde übernommen mit einem Ausbauplan von 20 Mio RM im Endziel.Die Wiederherstellung des alten Hafens in Helgoland wurde mit einem Kostenanschlag von 38 Mio RM in Angriff genommen.Daneben wurden erstmalig die Mittel bereitgestellt für einen großzügigen Ausbau des Hafens Helgoland für reine Wirtschaftszwecke, der letzten Endes jedoch reinen militärischen Zielen diente und der Helgoland zu einer Atollanlage machte.Die Mittel hierfür wurden im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung ausgebracht.

Haushalt 1936.

Jch komme nun zum Haushalt 1936.

Nachdem das Flottenabkommen vom Juni 1935 in Kraft getreten war, das eine Stärke der Deutschen Kriegsmarine in Höhe von 35% der englischen Flotte festlegte,wurde diese Gelegenheit ausgenutzt zu einer weiteren Erhönung des Haushalts.Diese konnte auch erreicht werden unter Einschaltung des Oberbefehlsnabers der Kriegsmarine.Der Haushalt 1936 übersteigt erstmalig die Milliarden -Grenze und wurde mit 1 152 000 000 RM festgelegt.Hiervon entfielen rund 270 Mio RM auf bare Betriebsmittel; der Rest wurde in Wechseln zur Verfügung gestellt.Mit der Zuweisung der Geldmittel für 1936 wurde gleichzeitig mit der Aufstellung eines "Bau- und Geldplanes", die die vollen Auswirkungen des Londoner Flottenabkommens enthielt, neu begonnen.Er wurde am 9.11.1936 dem Führer vorgelegt und sah einen Ausbauplan für 1937 bis 1941 mit 5,8 Milliarden RM vor. Während in den früheren Bau- und Geldplänen die kleinen Fahrzeuge nur mit einem Geldbetrag von rund 50 Mio RM jährlich eingestellt waren, wird in dem "Bau- und Geldplan vom 9.11.1936" erstmalig die nicht unter das Flottenabkommen fallenden Kleinfahrzeuge zahlenmässig mit eingestellt.Dieser Bau- und Geldplan sah allein an Schiffen dieser Art

48 T-Boote
85 M-Boote
66 R-Boote
64 S-Boote

vor.Er enthielt fast 600 Millionen RM unproduktive Kosten für Diskontspesen.Die Kopfstärke der Kriegsmarine stieg 1941 auf 81 000 Mann und erreichte damit die Personalstärke 1914.Es wurde u.a. in dem "Bau- und Geldplan v.9.11.1936" ausgeführt, "dass der im Großen festliegende und geplante Gesamtausbau der der Kriegsmarine in seinem Endziel ein unteilbares Ganze bilde. Dabei kann ein im Frieden versäumtes Kriegsschiff durch Jmprovisation oder Aushilfsmaßnahmen im Kriegsfalle nicht ersetzt werden.

1936 war auch der Zeitpunkt gekommen, wo ein weiteres Hinausschieben der Rüstung fühlbare Lücken in der Rüstung hätte entstehen lassen können, und wo die Gefahr bestand, dass der Ausbau der Stützpunkte und die Sicherstellung des Nachwuchses erheblich hinter dem Ausbau der schwimmenden Kampfmittel zurückbleibt."

Jnfolge der starken Erhöhung der Geldmittel im Jahre 1936 gegenüber 1935 wurde 1936 die erste Rate "Tirpitz", "Flugzeugträger B", "Seydlitz", "Kreuzer L" (später "Lützow"),12 M-Boote,6 Torpedoboote,"Flottentender Hela" sowie für 2 Troßschiffe bereitgestellt.Ferner wurden Geldmittel ausgebracht für 9 Flakbatterien im Ostseebereich und für die Auffüllung auf 4 Geschütze für 15 Flakbatterien.Für die Unterbringung wurden in diesem Jahre allein 61 Millionen RM bereitgestellt.Der Ausbau der Deutschen Werke,Kiel, wurde weiter gefördert.Dies geschah zum Teil in der Form,dass verlorene Reichszuschüsse gewährt wurden,sofern damit eine Werterhöhung der Anlagen eintrat, deren Kosten von der Deutschen Werke A.G.,Kiel, selbst übernommen werden mußten,erfolgte die Bereitstellung durch Erhöhung des Aktienkapitals.Hierüber

H3982 – 0034

wird Jhnen Flottenintendand Eggert Näheres erzählt haben.Jn diesem Jahre wurde ferner erstmalig eine starke Vermehrung der Zahl der Dienstsegelboote, an denen Sie im Marine-Regatta-Verein ja auch Jhre Freude gehabt haben, durchgeführt.

Haushalt 1937.

Durch den Bau- und Geldplan 1936 waren die Geldmittel für das Haushaltsjahr 1937 weitgehend gesichert.Der Haushalt 1937 schloß mit rund 1.428.000.000 RM ab. Er zeigte also wieder eine 10%ige Erhöhung des Jahres 1936.Aus dem Haushalt 1937 sind als wesentliche Punkte zu erwähnen:

Für die Munition der Hilfsschiffe wurde ein Kostenanschlag von 150 Millionen RM eingestellt.Das Jahr 1937 sah die Jnbaugabe von insgesamt 43 Schiffen vor.Die starke Jnbaugabe der letzten Jahre zwang nunmehr auch,die nötigen Werkstätten für die Reparatur der Schiffe einzurichten.Es wurde daher mit dem Ausbau der Stettiner Oderwerke begonnen, im Endziel 50 Millionen RM. Zwei Torbohilfsmaschinenprüfstände wurden hergestellt.Für die Firma Krupp wurde der Ausbau des E-Programms mit 140 Millionen RM für ganz schwere Geschütze vorgesehen (1.Rate 1937.....50 Millionen RM). Gleichzeitig wurden Maßnahmen ergriffen für die Herrichtung von Öltankanlagen zur Einlagerung von 1 Million cbm Höhe.Hierunter fallen

der Bau der Großölanlage Flemhude,
der weitere Ausbau der Öllager Achim und Blekede
sowie der Großölbehälteranlage in Nordholz, letztere allein mit 55 Millionen RM.

Der Ausbau der Häfen Borkum und Pillau wurde eingeleitet (Kostenanschlag für Pillau 48 Millionen RM). Jm Haushalt 1937 wurden erstmalig Mittel für die Bevorratung von Verpflegung und Bekleidung eingestellt.Das Wohnungsbauprogramm 1937 sah 33 Millionen RM vor. Bis 1937 waren fertiggestellt 3051 Wohnungen; in Bau und Planung befanden sich weitere 7136 Wohnungen.

Haushalt 1938.

Jch komme nun zum Haushalt 1938.Nach Ablauf des Flottenvertrages von Washinton 1922 und London 1930 setzte eine sprungartige Aufrüstung Englands zur See ein.Dies ergab nicht nur die Notwendigkeit, auch unsererseits den Ausbau der Kriegsmarine entscheidend zu erweitern, um die 35% beizubehalten, sondern darüber hinaus ~~wxrde~~ noch eine weitere Vermehrung von Großkampfschiffen ins Auge zu fassen.Ferner musste im Laufe der Zeit mit einer Vergrößerung der Verhältniszahl U-Boote gerechnet werden.Der "Bau- und Geldplan vom 31.3.1938", der dem Führer vorgelegt wurde und seine Billigung fand, sah daher eine Erhöhung von 631 Einheiten vor.Er schloß für die Jahre 1938 bis 1945 mit rund 14,5 Milliarden ab.Hiervon fielen allein auf den Schiffbau 5,5 Milliarden.Die Personalstärke 1945 sah 130 000 Mann vor.Der Normaletat 1945 belief sich auf 1,6 Milliarden.Wie ich bereits an anderer Stelle ausführte, war in diesem Geldplan auch der Rohstoffplan mit aufgenommen, um Geld und Rohstoffe aufeinander abzustimmen.Der Haushalt 1938 sah eine Planung in Höhe von 1,6 Milliarden vor, auf die Betriebsmittel in Höhe von 1,5 Milliarden in bar bzw. Reichsschatzanweisungen bereitgestellt wurden.Hier sehen Sie zum ersten Mal die Tatsache, dass für die Durchführung des Haushalts geringere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden sind, als nach dem Haushaltsplan als solcher vorgesehen war.Dieses konnte mit ruhigem Gewissen hingenommen werden,da das Anlaufen der Vorhaben sich immer auf einen gewissen Zeitraum erstreckt, und die Barausgaben nie sofort fällig wurden, also stets hinterher hinken. Jm Haushalt 1939 werden Sie das noch in krasserer Form finden.Jm Haushalt 1938 wurden allein 100 Schiffe in Bau gegeben.Wir sehen in diesem Haushalt einen starken Ausbau der Stützpunkte.Für die Werftaufgaben

H3982 – 0035

wurden allein 260 Millionen RM bereitgestellt.Zu den ganz großen Vorhaben zählen:

Das Projekt der Nordwerft,Wilhelmshaven,im Endziel mit 75 Millionen RM,
das Baudock Blohm & Voß für ganz große Schiffe mit 65 Millionen RM,
das Baudock der Deschimag mit 48 Millionen RM.

In Farge wurden weitere 30 Ölbehälter gebaut mit rund 600 000 cbm Fassungsvermögen.Mit dem Projekt des Ausbaues der Insel Rügen als drittem Reichskriegshafen wurde begonnen; der Kostenanschlag hierfür sah allein 215 Millionen RM vor.

Für den Ausbau der Standorte wurden 117 Millionen RM vorgesehen.

Das Wohnungsbauprogramm 1938 sah den Bau weiterer 5000 Wohnungen vor.

Die inzwischen käuflich erworbenen Howaldtwerke sollten mit einem Kostenanschlag von 79 Millionen,später auf 103 Mio RM erhöht , weiter ausgebaut werden.In Hamburg wurde der Bau einer reichseigenen Werkstätte für Produktion von MAN-Motoren mit 72 Millionen RM in Angriff genommen.Der Anschluss der Ostmark sah einen Ausbau von Linz in Höhe von 6 Millionen RM vor,daneben Sperrzeugämter und Artilleriezeugämter.

Haushalt 1939.

Der Haushalt des Jahres 1939 stand unter dem Befehl des Führers vom 27.1.1939. Er lautete:

"Ich befehle, dass der von mir angeordnete Aufbau der Kriegsmarine allen anderen Aufgaben einschl. der Aufrüstung der beiden anderen Wehrmachtteile und einschl. des Exports vorgeht.Der Aufbau erstreckt sich auf die Durchführung des Neubauprogramms und die Erhaltung der Kriegsbereitschaft der Seestreitkräfte."

Hierzu erliess der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine über die Verwaltung der Haushaltsmittel folgende Verfügung:

"Ich wünsche,dass die Kriegsmarine in ihrem Lebensstil und in der sorgfältigen Verwaltung der ihr zugewiesenen Geldmittel vorbildlich ist.Großzügigkeit im Ansatz und Verwendung der Geldmittel wird da gefordert, wo die Mittel im Aufbau der Flotte und der Schlagkraft der Marine liegen.Großzügigkeit ist aber fehl am Platze, wenn sie zur Außerachtlassung der gebotenen Genauigkeit und Sparsamkeit führt."

Dieser Befehl des Führers hatte die Aufstellung eines neuen "Bau- und Geldplanes" zur Folge, der durch die Kündigung des deutsch-englischen Flottenvertrages im März 1939 keine Fesseln mehr vorsah.Dieser Z-Plan sah im Endziel rund 800 Kriegsschiffeinheiten vor, darunter allein 249 U-Boote und 68 Zerstörer. Er umfasste die Jahre 1939 bis 1949 und schloss mit insgesamt 33 Milliarden für die Gesamthaushalte ab.Der Friedenshaushalt 1949 sah einen Schiffbauersatzplan von 660 Millionen RM, für Rüstung 200 Millionen RM und für die fortdauernden Ausgaben 1,7 Milliarden RM vor, insgesamt also rund 2,6 Milliarden RM ,eine gewaltige Summe.

Die Personalstärke sollte im Endziel 201 000 Mann betragen.

Nachdem die politischen Voraussetzungen erfüllt waren, ging die Kriegsmarine einer großen Zeit entgegen.Der Haushalt 1939 selbst sah einen Planungshaushalt von 2,9 Milliarden vor, auf den 2,4 Milliarden Betriebsmittel bereitgestellt wurden.

Hier noch einige große Zahlen aus dem Mammut-Haushalt selbst: Erhöhung des Öltankraumes von 1,5 auf 3 Millionen, später von 3 auf 4,5 Millionen cbm Fassungsvermögen.

Starker Ausbau der Schiffswerften Schichau,Elbing,Howaldt, Hamburg (70 Millionen RM),Deschimag Werk Seebeck, Nordseewerke, Emden.

H3982 – 0036

Es war ein Wohnungsbauprogramm von 52 500 Wohnungen bis 1945 mit 472 Millionen RM veranschlagt; davon sind allein 1939 117 Millionen RM für 13 000 Wohnungen bereitgestellt worden.

Überall wurden Großarbeiterlager errichtet, um die von auswärts heran ezogenen Arbeiter unterzubringen. Mit dem Ausbau des Hafens Memel wurde begonnen.

Der Bau von 12 Schwimmdocks wurde in Auftrag gegeben.

Für Festungsbauten wurden 113 Millionen bereitgestellt.

Der Bauplan für Betriebsfahrzeuge sah bis 1949 allein 909 Betriebsfahrzeuge vor, von denen 1939 123 Schiffe in Bau gegeben wurden.

Es setzte im Oberkommando der Kriegsmarine und an den Fronten ein rasendes Arbeitstempo ein, welches Sie ja selbst noch kennengelernt haben. Die Marine ging einer grossen Zukunft entgegen. Der Führer hatte sein Wort, welches er einst in das Gästebuch des Kreuzers "Köln" eingeschrieben, "mitzuarbeiten, an einem starken Aufbau der Deutschen Kriegsmarine" wahr gemacht. Der Kriegsausbruch hat diese Pläne zunächst stillgelegt.

Ich komme zum Schluss meines Vortrags.

Es wird immer wieder die Meinung vertreten, als ob die Marine von sich aus in der Aufrüstung vor 1939 etwas versäumt hätte, besondern im U-Bootsbau, dass die Zahl der vorhandenen U-Boote zu gering gewesen wäre, dass man zu Gunsten der U-Boote auf die großen Schiffe hätte verzichten müssen und dass es am Gelde gefehlt hätte. Alle diese Ansichten gehören in das Gebiet der Fabel.

Im Gegenteil, aus den vorstehenden Ausführungen mögen Sie erkennen, dass seitens des Oberkommandos kein Augenblick unausgenutzt geblieben ist, die Voraussetzungen für den Bau einer starken Kriegsmarine, denn nur die Seemacht kann einem Staat die außenpolitische Stärkung geben, zu schaffen. Die grosse Entwicklung der deutschen Kriegsmarine war erst aber gegeben, nachdem die letzten außenpolitischen Fesseln gefallen waren. Diesen Zeitpunkt konnte allein der Führer bestimmen. Von diesem Augenblick rangierte die Kriegsmarine an erster Stelle.

Im Kriege sind das Haushaltswesen und das Geld stark in den Hintergrund getreten. Zunächst gilt es den Krieg zu gewinnen. Nach Beendigung des Krieges, den wir siegreich zu bestehen hoffen, werden wir mit unbeugsamer Arbeitskraft und heiligem Fanatismus den Aufbau der Kriegsmarine von 1939 vollenden.

Das wird vornehmlich später Ihre Aufgabe sein.

Heil Hitler!

H3982-0036A

GB-461
J-855

D.85

H-3982

G. B. EXHIBIT

N° 461

May 20

B 041050

33

H3982 – 0037

Exhibit G.B. #461

H3982 – 0038

Original taken by D.T.

33 photostats